

Stefan Berger/Norman LaPorte

Britische Parlamentarierkontakte nach Osteuropa 1945–1989

Zwischen *fellow travelling* und ostpolitischer Erneuerung

I. EINLEITUNG

In der Ära des Kalten Krieges waren jegliche politische Kontakte über den Eisernen Vorhang hinweg eingebunden in Fragen, die den internationalen Systemkonflikt einordneten in nationale Politikvorstellungen.¹ Innenpolitische Strategien waren eng verbunden mit der Positionierung von politischen Akteuren gegenüber den kommunistischen Staaten Osteuropas. Ein Ziel des hier vorgelegten Aufsatzes ist es, diese Verbindung der innen- und außenpolitischen Interessenlagen bei den Abgeordneten des britischen Parlaments mit Blick auf ihre Auseinandersetzung mit den kommunistischen Staaten Osteuropas aufzuzeigen.

Das vorrangige Interesse britischer Parlamentarier galt dabei der Sowjetunion – als zentraler Vormacht in Osteuropa und als einer der drei »großen Mächte«, die Nazi-Deutschland besiegten. Parlamentarische Kontakte zu anderen Staaten in Osteuropa blieben abhängig von den britisch-sowjetischen Beziehungen. Die British-Soviet Parliamentary Group setzte die Rahmenbedingungen für die Entwicklung des parlamentarischen Austauschs mit anderen Ostblockstaaten, da diese in ihrer Außenpolitik abhängig waren von den Vorgaben aus Moskau. Graduell gab es natürlich Unterschiede: so war das kommunistische Rumänien unter Nikolai Ceaușescu immer um eine gewisse außenpolitische Distanz zur Sowjetunion bemüht, aber der Handlungsspielraum hatte selbst hier Grenzen. Die Großwetterlage, von der die parlamentarischen Beziehungen Großbritanniens nach Osteuropa abhängig waren, wurde von der sowjetischen Außenpolitik gesetzt, die wiederum in einem komplexen »Dialog« mit der Außenpolitik der westlichen Vormacht, den USA, entstand.

Ein spezifisches Problem stellten die Kontakte zur DDR dar. Großbritannien, wie die meisten anderen Staaten der Welt, unterhielt keine offiziellen Beziehungen zum zweiten deutschen Staat und verweigerte ihm bis 1973 beharrlich die Anerkennung.² Dabei wuchs das Interesse der britischen Parlamentarier in demselben Maße, in dem sich herauskris-

1 Die Literatur zum Kalten Krieg ist Legion. Eine konzise Einführung bietet *David S. Painter*, *The Cold War. An International History*, London 1999. Spezifisch für die Rolle Großbritanniens im Kalten Krieg vgl. *Sean Greenwood*, *Britain and the Cold War. An International History*, London 1999. Für den deutschsprachigen Raum siehe *Bernd Stöver*, *Der Kalte Krieg*, München 2003; *Rolf Steininger*, *Der Kalte Krieg*, Frankfurt/Main 2003, und *Jost Dülffer*, *Europa im Ost-West-Konflikt 1945–1990*, München 2004.

2 Zum britisch-ostdeutschen Verhältnis bis 1973 vgl. vor allem *Marianne Bell* (now Howarth), *Britain and East Germany: The Politics of Non-Recognition*, M.Phil. thesis, Nottingham 1977; *Bert Becker*, *Die DDR und Großbritannien 1945/49 bis 1973. Politische, wirtschaftliche und kulturelle Kontakte im Zeichen der Nichtanerkennungspolitik*, Bochum 1991; *Klaus Larres*, »Britain and the GDR. Political and Economic Relations 1949 – 1989«, in: *ders.*, *Uneasy Allies. British-German Relations and European Integration since 1945*, Oxford 2000, S. 63–98. *Henning Hoff*, *Großbritannien und die DDR 1955–1973. Diplomatie auf Umwegen*, München 2003. Vgl. auch, für den gesamten Zeitraum der Existenz der DDR *Arnd Bauerkämper* (Hrsg.), *Britain and the GDR. Relations and Perceptions in a Divided World*, Berlin 2002; *Hans-Georg Goltz*, *Verordnete Völkerfreundschaft. Das Wirken der Freundschaftsgesellschaft DDR-Großbritannien und der Britain-GDR Society – Möglichkeiten und Grenzen*, Leipzig 2004.

tallisierte, dass die DDR zu einem zentralen Konflikt- und Streitpunkt im Kalten Krieg avancieren würde. Mit der Frage eines deutschen Wehrbeitrages, der zweiten Berlinkrise und dem Bau der Berliner Mauer stand jedes Mal auch die Haltung Großbritanniens zur DDR auf der Tagesordnung. Diese war wiederum maßgeblich determiniert von dem Verhältnis zwischen dem Vereinigten Königreich und der Bundesrepublik.³ In diesem Dreiecksverhältnis zwischen Großbritannien und den beiden deutschen Staaten achtete man besonders auf Regierungsebene und im Außenministerium peinlich darauf, den westdeutschen Verbündeten nicht zu verärgern. Dennoch kam es über der deutschen Frage zu teilweise erheblichen Verstimmungen zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik, an denen auch Parlamentarier maßgeblichen Anteil hatten. Von daher macht es durchaus Sinn, dass sich dieser Aufsatz mit besonderem Interesse dem Verhältnis britischer Parlamentarier zur DDR widmet. Das schließt gelegentliche Seitenblicke auf andere osteuropäische Staaten nicht aus, und es ersetzt auch nicht die immer mitgedachte Reflektion auf die Sowjetunion als östliche Führungsmacht während des Kalten Krieges.

Spricht man von britischen Parlamentarierkontakten mit Osteuropa, so spricht man vor allem von den Abgeordneten der Labour Party, die rein quantitativ, aber auch qualitativ das Gros der Interessierten stellten. Daneben gab es aber auch immer eine Gruppe von Konservativen und Liberalen, die Interesse an Beziehungen mit Staaten jenseits des Eisernen Vorhangs hatten. Ideologisch gab es zwischen diesen politischen Gruppierungen und den kommunistischen Staaten Osteuropas allerdings keine Verbindungslinien, und beide Parteien taten sich nicht schwer mit der Verurteilung der kommunistischen Diktaturen und einem Bekenntnis zur westlichen Wertegemeinschaft und zur NATO. Ihr Interesse beschränkte sich in der Regel auf Fragen der Entspannungspolitik und der Sicherheit. Diese Fragen spielten auch bei Labour-Abgeordneten eine wichtige Rolle, aber bei ihnen kamen häufig noch ideologische Affinitäten hinzu, die den Beziehungen eine komplexere Tönung gaben. Von daher wird sich der Aufsatz zum Großteil auf die parlamentarische Linke konzentrieren. Als Leitmotiv dient den Autoren die Frage nach den Beweggründen, die Abgeordnete des britischen Unterhauses dazu brachten, sich auf eine Auseinandersetzung mit den kommunistischen Diktaturen Osteuropas und besonders der DDR einzulassen. Warum nahmen Parlamentarier Kontakt mit Osteuropa auf? Welche Bilder der kommunistischen Staaten jenseits des Eisernen Vorhangs vermittelten sie dem einheimischen Publikum? Wie versuchten sie, auf den »realexistierenden Sozialismus« Einfluss zu nehmen? Welche Transferleistungen wurden in beide Richtungen – von West nach Ost, aber auch von Ost nach West – erbracht? Welche ostpolitischen Ziele wollten die Abgeordneten verfolgen und was wurde tatsächlich erreicht?

II. »LEFT CAN TALK TO LEFT«? DER WANDEL IN DER EINSCHÄTZUNG DER SOWJETUNION UND DES OSTEUROPAISCHEN KOMMUNISMUS NACH 1945

Am Ende des zweiten Weltkrieges war die Meinung auf der britischen Linken weit verbreitet, dass man mit der Sowjetunion zu vernünftigen Lösungen kommen könne, was die Nachkriegsordnung Europas anbetraf. Auch die Beamten des Außenministeriums und die konservativen Mitglieder des Kriegskabinetts einschließlich Winston Churchill, waren angesichts einer sowjetischen Blockbildung in Osteuropa noch Anfang 1945 nicht ausgesprochen beunruhigt, solange sie vitale britische Interessen nicht berührte. Bei der

3 Arnd Bauerkämper, *It Took Three to Tango. The Role of the Federal Republic of Germany in the Relationship Between Britain and the GDR 1949–1990*, in: *Stefan Berger/Norman LaPorte* (Hrsg.), »THE Other Germany«. Perceptions and Influences in British-East German Relations, 1945–1990 (Berlin 2006, im Druck).

Labour Party warb man im Wahlkampf 1945 nachgerade damit, dass Labour, anders als die Konservativen, mit der Sowjetunion würde verhandeln können. Als entscheidender Bündnispartner im Krieg gegen Hitler und als ein Land, das in kaum vorstellbarer Weise unter dem Zweiten Weltkrieg gelitten hatte, verdiente die Sowjetunion Respekt. Auch nahm man auf der Labour-Linken die Kommunisten oftmals als Mitglieder einer Bewegung wahr, mit der man gewisse Grundannahmen wünschenswerter gesellschaftlicher Entwicklungen teilte. Die Idee eines nach dem Krieg aufzubauenden sozialistischen Europa, das zwischen den kapitalistischen USA und der kommunistischen Sowjetunion seinen Platz finden würde, war in Kreisen der Labour Party sehr beliebt. Eine hochrangige Delegation des Parteivorstandes reiste noch 1946 in die Sowjetunion und zeigte sich tief beeindruckt vom »Generalissimus Stalin«. Zwar wurden auch Unterschiede in der gesellschaftlichen Entwicklung registriert, etwa was die Funktion der Gewerkschaften oder die Schulsysteme anbetraf, aber insgesamt betonten die Delegierten doch die gemeinsamen Anstrengungen um die Verwirklichung des Sozialismus als Basis für eine dauerhafte Freundschaft beider Völker.⁴ Zum 1. Mai 1947 übermittelte der Generalsekretär der Labour Party, Morgan Philipps, noch

»warmest greetings to the people of the Soviet Union. [...] As Secretary of the Labour Party, I myself had the privilege last year of seeing with my own eyes, not only the great sacrifices which you made for the common cause during the war against fascism, but also the magnificent successes of Socialist reconstruction which you have already achieved.«⁵

Schon bald setzte allerdings auch auf der britischen Linken eine nachhaltige Desillusionierung ein, was die Möglichkeit einer weiterbestehenden Allianz mit der Sowjetunion oder die Schaffung eines sozialistischen Europas anbetraf. Die Sowjetunion, das wurde immer deutlicher, sicherte ihren Einflussbereich in Osteuropa – notfalls unter Ausschaltung der Opposition und der mit Waffengewalt erfolgten Installierung ihr wohlgesinnter, kommunistisch dominierter Regierungen. Man unterstellte dabei im Westen der sowjetischen Führung oftmals eine aggressiv expansionistische Intention, die wohl mehr den Gehirnen antikommunistischer Politiker als den politischen Planungen der Sowjetunion in den Jahren 1945/46 entsprang.⁶ Die sowjetische Führung war in diesen Jahren durchaus an einer Fortsetzung der Kooperation mit dem Westen interessiert, galt ihr primäres Augenmerk doch dem Wiederaufbau des Landes. Aber die sowjetische Außenpolitik richtig zu lesen, fiel den meisten westlichen Beobachtern relativ schwer.

Die britische Außenpolitik orientierte sich zunehmend an der Schaffung eines westeuropäischen, antisowjetischen Blocks unter Einschluss eines separaten Westdeutschlands. Die Labour-Regierung unter ihrem Außenminister Ernest Bevin (MP für Central Wandsworth 1940–50; East Woolwich 1950–51) unterstützte frühzeitig die Gründung eines separaten westdeutschen Teilstaates und band die US-amerikanische Politik erfolgreich in das europäische Szenario ein, um eine Vormachtstellung der Sowjetunion auf dem europäischen Kontinent zu verhindern.⁷ Bevin, in seiner eigenen Variante eines europäischen dritten Weges, bemühte sich besonders um eine britisch-französische Allianz als Herzstück einer breiteren westeuropäischen Gruppierung, die auch gegenüber den USA einen gewissen

4 Alice Bacon/Harold Clay/Harold Laski/Morgan Philipps, Goodwill Mission to the USSR, in: Labour Party Archive, Manchester, International Dept., GS/Conf/47/67i.

5 Morgan Philipps, BBC Overseas Broadcast (1947), in: Labour Party Archive, Manchester, International Dept., GS/Conf/47/67i.

6 Francesca Gori/Silvio Pons (Hrsg.), The Soviet Union and Europe in the Cold War, 1943 – 53, London 1996.

7 Anne Deighton, Britain, the Division of Germany and the Origins of the Cold War, Oxford 1990.

unabhängigen Handlungsspielraum ermöglichen würde.⁸ Nachdem er mit seinen hartnäckigen Versuchen, eine solche westeuropäische Staatengemeinschaft als Gegengewicht gegen die UdSSR, aber eben auch die USA zu gründen, gescheitert war, wurde er um so mehr zum Vorreiter der Idee eines nordatlantischen Verteidigungspaktes gegen die Ausbreitung des Kommunismus mit Hilfe der Roten Armee. Diejenigen Linken, die weiterhin nach Alternativen zum Kalten Krieg und nach dritten Wegen suchten oder gar prosowjetisch eingestellt waren, fanden sich innerparteilich zunehmend in der Minderheit.

Als 28 Abgeordnete der Labour Party im März 1946 ein Glückwunschtelegramm an den Vereinigungsparteitag von SPD und KPD in Ostberlin sandten und die Schaffung einer politischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse als Vorbild für die übrige europäische Arbeiterbewegung darstellten, verurteilte die Fraktion der Labour Party ihr Vorgehen scharf. Die Idee einer Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten war innerhalb der Labour-Fraktion nicht mehrheitsfähig. Zu recht wies die Parteiführung darauf hin, dass es sich bei der Vereinigung von SPD und KPD in der sowjetischen Besatzungszone um eine Zwangsvereinigung handelte, die von vielen Sozialdemokraten zu diesem Zeitpunkt nicht mehr gewünscht und von der westdeutschen Sozialdemokratie scharf verurteilt wurde.⁹ Mehr als jedes andere Ereignis bestärkte die Zwangsvereinigung von KPD und SPD die britische Außenpolitik in ihrem Misstrauen gegenüber der Sowjetunion. Man sah in der SED den Versuch der Gründung eines Einparteienstaats im Osten Deutschlands, der dann als Basis zur Eroberung von ganz Deutschland dienen konnte.¹⁰

Ein Jahr später erregten linke Labour-Abgeordnete erneut Aufsehen, indem sie der kommunistisch orientierten Volkskongressbewegung viel Erfolg wünschten bei ihrem Bemühen, eine parlamentarische Vertretung für das gesamte Deutschland auf die Beine zu stellen. In der sich daran anschließenden Debatte in der Parteizeitung *Daily Herald* lassen sich einige der Grundargumente ablesen, die diejenigen Abgeordneten motivierte, die sich an die Seite der SED-Führung stellten. Sie betonten, ihr Anliegen sei es, der antikommunistischen Greuelpropaganda im Westen entgegenzuwirken und etwas für die Sicherung des Friedens in Europa zu tun. Der Antikommunismus wurde in der Innenpolitik westeuropäischer Staaten zu einem bequemen Knüppel, mit dem man linken Gruppierungen den Garaus machen konnte. Es war von daher nur folgerichtig, wenn eben diese Linken einen Anti-Antikommunismus predigten, der ihnen erneut Handlungsspielraum für die Entwicklung eigener politischer Perspektiven jenseits der Blockkonfrontation ermöglichen sollte. Der Abgeordnete Tom Driberg (MP für Maldon, 1942–55; Barking, 1959–74) distanzierte sich ebenso vom amerikanischen Kapitalismus wie vom sowjetischen Kommunismus und riet der Labour Party, eine Mittelposition zwischen diesen »twin evils« einzuhalten.¹¹ Antiamerikanismus, eng gekoppelt an Antikapitalismus und Anti-Imperialismus, war von Anfang an ein wichtiges Motiv für das Engagement linker Labour-Abgeordneter für die kommunistischen Staaten Osteuropas.¹²

8 Sean Greenwood, *The Third Force in the Late 1940s*, in: Brian Brivati/Harriet Jones (Hrsg.), *From Reconstruction to Integration. Britain and Europe since 1945*, Leicester/New York 1993, S. 59–70.

9 *Daily Herald*, 20. März 1946.

10 Rainer Pommerin, *Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED. Eine britische Analyse vom April 1946*, in: *VjZg* 36, 1988, S. 319–38.

11 *Daily Herald*, 12. Dez. 1947.

12 Zum Antiamerikanismus siehe Ciora Goodman, *Who is Anti-American? The British Left and the United States 1945–1956*, University of London, Ph. D., 1996; Jim Merrifield, *Britain's Left Wing Neurosis? A Study of Anti-Americanism in the British Labour Party 1960–1997*, University of Glamorgan, MA, 2003. Vgl. auch insgesamt zur komplexen Positionierung der Labour Party vis-à-vis America Peter Jones, *America and the British Labour Party*, New York 1997.

Herausragender außenpolitischer Kopf der Labour-Linken in der Fraktion war der Abgeordnete Konni Zilliacus (MP, Gateshead 1945–50 und Manchester Gorton 1955–67).¹³ Er hielt es für einen Irrtum, die SED als eine »camouflaged Communist Party« zu beschreiben, und argumentierte, dass es sich um eine genuine Vereinigung zweier Arbeiterparteien handelte.¹⁴ Eine solche Vereinigung sei nur die Lehre aus der Niederlage der Linken in der Zwischenkriegszeit, wo der Sieg des Faschismus durch die Spaltung der Arbeiterbewegung in einen sozialdemokratischen und einen kommunistischen Flügel begünstigt wurde. Diese Spaltung galt vielen linken Labour-Abgeordneten als zu überwindende Tragödie. Einige von ihnen, wie Stephen Swinger (MP Stafford 1945–50 und Newcastle-under-Lyme 1951–69 und Vorsitzender der Victory for Socialism Gruppierung in der Fraktion, 1958–68), kamen aus der kommunistischen Bewegung. Swinger war im Oxford der 1930er-Jahre der Young Communist League beigetreten und behielt auch nach seinem Übertritt zu Labour Ende der 1930er-Jahre ein sehr positives Bild der Sowjetunion als Arbeiterstaat. Wie viele andere Linke in der Labour Party blieb er zeit seines Lebens Gegner einer Verfolgung kommunistischer Aktivitäten in der Labour Party. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten in Osteuropa hatten nach Ansicht von Zilliacus und seinen Mitstreitern keinerlei aggressive Absichten. Die sowjetische Führung war ihrer Meinung nach traumatisiert durch die bitteren Erfahrungen mit dem westlichen Imperialismus in der Zwischenkriegszeit. Sympathien für das kommunistische Projekt bewirkten, dass man ihm auf der Labour-Linken zumindest die Möglichkeit zu einer friedlichen Weiterentwicklung einräumen wollte. Die Planwirtschaft wurde dabei oftmals als wichtiger und richtiger Schritt auf dem Weg zu einer gerechteren Gesellschaftsordnung betrachtet. William Wilson (MP für Coventry South, 1964–83), Vorsitzender der British-Soviet und der British-GDR Friendship Societies, war erfüllt von Dankbarkeit gegenüber den Kriegsanstrengungen der Sowjetunion gegen Nazideutschland. Er fühlte sich moralisch verpflichtet, die Verständigung zwischen den kommunistischen Staaten Osteuropas und Großbritannien zu befördern, und teilte dabei die Sympathien anderer Parteilinker für die antikapitalistische Grundhaltung der Sowjetunion.¹⁵

Parteilinke wie Driberg, Swinger, Wilson und Zilliacus wurden allerdings im Auftrag der Parteileitung vom Herausgeber des *Daily Herald*, Percy Cudlipp, nachdrücklich abgekanzelt:

»Communism [...] is now openly fighting for the destruction of the Labour Movement. [...] The Soviet zone of Germany was an example of the ruthless anti-democratic methods of Communism. [...] Let us see to it [...] that the poison fungus of Communism is not allowed to flourish in our Labour Movement.«¹⁶

Und die DDR blieb nicht das einzige Beispiel dafür, mit welcher Brutalität die Sowjetunion ihren Führungsanspruch in Osteuropa durchzusetzen bereit war. Der damalige internationale Sekretär der Labour Party und spätere außenpolitische Sprecher der Fraktion, Dennis Healey (MP für Leeds South East 1952–55; Leeds East 1955–92), beschrieb in seiner Autobiographie seine damaligen Versuche, den Sozialdemokratien Osteuropas zu helfen, als »tragically frustrating«, war ihm doch klar, dass diese Parteien »were doomed to destruction«.¹⁷ Die Ausschaltung sozialdemokratischer und reformkommunistischer Kräfte in der CSSR und Ungarn bis 1948 machte überdeutlich, mit welchen Mitteln die

13 Archie Potts, Zilliacus. A Life for Peace and Socialism, London 2002.

14 *Daily Herald*, 16., 18. und 19. Dez. 1947.

15 Interview Norman LaPorte mit William Wilson, 13. August 2002.

16 *Daily Herald*, 23. Dez. 1947.

17 Dennis Healey, *The Time of My Life*, London 1989, S. 88.

sowjetische Vorherrschaft in Ostmitteleuropa durchgesetzt werden sollte.¹⁸ Die zwischen 1948 und 1952 in ganz Osteuropa stattfindenden Schauprozesse, die Parteisäuberungen und die rücksichtslose Stalinisierung Osteuropas waren ebenso eindeutige Zeichen. Es wurde auch für die westeuropäische Linke immer schwerer, den Kommunismus jenseits des Eisernen Vorhangs noch zu verteidigen. Die Blockade Westberlins 1948 brachte selbst einen ausgesprochenen Parteilinken und Gegner des Kalten Krieges wie den Labour-Gesundheitsminister Aneurin Bevan (MP für Ebbw Vale 1929–60) derart in Rage, dass er die Entsendung britischer Panzer durch die sowjetische Besatzungszone nach Westberlin befürwortete.¹⁹

Unter dem Eindruck der Sowjetisierung Osteuropas taten sich die Kritiker des Kalten Krieges in der Fraktion der Labour Party schwer, ihren Standpunkt adäquat zu vertreten. 1947 kam es unter maßgeblicher Beteiligung von Richard Crossman (MP für Coventry East 1945–74) zur Gründung der »Victory for Socialism«-Gruppierung in der Fraktion. Ihr ging es um die Verteidigung sozialistischer Werte in einem umfassenden Sinne. Anti-Antikommunismus und die Gegnerschaft zum Kalten Krieg waren den Mitgliedern dieser Gruppierung gemein, auch wenn viele, einschließlich Crossman, keine großen Sympathien für den sowjetischen Kommunismus hegten. Dennoch warnten sie vor einer Dehumanisierung des ideologischen Gegners im Kalten Krieg, da eine solche Strategie leicht auf den Pfad eines heißen Krieges führen konnte. Viele linke Labour-Abgeordnete wollten zu einem »menschlicheren« Bild von der Sowjetunion beitragen und sich nicht damit abfinden, dass man im Westen »die Russen« als »asiatische Gefahr« abstempelte.²⁰ Doch die von der »Victory for Socialism« Gruppierung vertretenen Positionen erlitten auf der Margater Parteikonferenz von 1948 eine empfindliche Niederlage. Die Labour Party war zu diesem Zeitpunkt in ihrer überwältigenden Mehrheit proatlantisch und antikommunistisch eingestellt. Die Idee einer »special relationship« mit den USA war auch für viele Labour-Abgeordnete durchaus attraktiv.²¹ Unter Leitung des Generalsekretärs und einstigen Freundes der Sowjetunion Morgan Philipps begann die Partei Dossiers anzulegen über diejenigen Abgeordneten, die man kommunistischer Sympathien verdächtigte. Der Skandal um das Nenni-Telegramm 1949 wurde dann zum Anlass genommen, Parteiauschlussverfahren gegen einige prominente Linke anzustrengen.²² Die Labour-Regierung leitete mit der Gründung des Information Research Department im Außenministerium

18 Ullin Jodah, *The Hungarian Social Democrats and the British Labour Party, 1944–1948*, University of the West of England, Bristol Ph.D. 2003; *Róbert Letz, Slovensko v rokoch 1945–1948. Na ceste ku komunistickej totalite*, Bratislava 1994.

19 *Kenneth Morgan, Labour in Power. 1945–1951*, Oxford 1984, S. 389. Bevan wurde als informeller Anführer der Parteilinken ein wichtiges Zentrum des Widerstands gegen den zunehmenden Atlantizismus in der Partei. Im April 1951 trat er von seinem Ministerposten in der Regierung zurück, wobei die Außenpolitik Bevins eine maßgebliche Rolle spielte. Zu Bevan und zum Bevanismus vgl. auch *Mark Jenkins, Bevanism. Labour's High Tide*, Nottingham 1979, sowie *Michael Foot, Aneurin Bevan 1945–1960*, London 1973.

20 Zur Parteilinken und ihren Versuchen, dem Kalten Krieg entgegenzuwirken vgl. vor allem *Darren Lilleker, Against the Cold War. The Nature and Traditions of Pro-Soviet Sentiment*, University of Sheffield Ph.D., 2001; *Eugene J. Meehan, The British Left Wing and Foreign Policy. A Study of the Influence of Ideology*, New Jersey 1960; *Jonathan Schneer, Labour's Conscience. The Labour Left 1945–51*, London 1988; *Peter Weiler, British Labour and the Cold War*, Stanford 1988; *Bill Jones, The Russia Complex. The British Labour Party and the Soviet Union*, Manchester 1977.

21 *John Charmley, Churchill's Grand Alliance. The Anglo-American Special Relationship 1940–57*, London 1995.

22 *Schneer*, S. 110–118.

1948 auch die Verschärfung der psychologischen Kriegsführung gegen die Sowjetunion und das kommunistisch dominierte Osteuropa ein.²³

Für diejenigen, die weiter nach »dritten Wegen« suchten, sollte Jugoslawien zu einem wichtigen Bezugspunkt werden. Tito hatte bereits 1945 eine elfköpfige britische Parlamentarierdelegation nach Jugoslawien eingeladen, und ihre Eindrücke von den ersten Nachkriegswahlen waren insgesamt positiv.²⁴ Kein britischer Abgeordneter hatte so enge Beziehungen zu Jugoslawien wie Zilliacus. Er spielte eine aktive Rolle in der britisch-jugoslawischen Freundschaftsgesellschaft, war mit Tito persönlich befreundet, sprach serbokroatisch und reiste fast jedes Jahr nach Jugoslawien. Nach dem Bruch Jugoslawiens mit der Kominform hielt Zilliacus mit seinen Sympathien für die Haltung Titos nicht hinter dem Berg, was ihn im restlichen Osteuropa zur persona non grata machen sollte.²⁵ Nachdem sich das stalinistische Osteuropa in den Augen der meisten westlichen Linken immer weiter von den marxistischen Idealen entfernte, erhielt sich das kommunistische Jugoslawien durch die gesamte Zeit des Kalten Krieges ein sehr viel positiveres Bild im Westen. Nicht zuletzt seine Blockfreiheit schien so manchem als Modell für die Überwindung des Kalten Krieges in Europa. In den 1950er-Jahren hielten viele britische Parlamentarier die Wahrscheinlichkeit für hoch, dass gerade an der Nahtstelle zwischen den Blöcken, an der deutsch-deutschen Grenze, der Dritte Weltkrieg ausbrechen würde, sollte es nicht gelingen die beiden deutschen Staaten aus der Blockkonfrontation herauszuhalten.

III. DER KALTE KRIEG WIRD HEIßER: DIE FRAGE DER DEUTSCHEN WIEDERBEWAFFNUNG UND DIE INSTABILITÄT KOMMUNISTISCHER REGIMES IN OSTEUROPA

West- und Ostdeutschland waren die zentralen Frontstaaten des Kalten Krieges. Was hier geschah, hatte Auswirkungen auf ganz Europa und über Europa hinaus. Nach Gründung der Bundesrepublik und der DDR 1949 stellte die Frage, wie sich die beiden Staaten entwickeln sollten, ein Problem dar, das in ganz Europa heiß diskutiert wurde. Dabei standen sich vor allem zwei Positionen gegenüber: Auf der einen Seite argumentierten deutsche Sozialdemokraten und ihre Verbündeten, dass man nichts unversucht lassen solle, um eine Wiedervereinigung auf kurze Sicht zu erreichen. Ein neutrales Gesamtdeutschland, als Pufferzone im Kalten Krieg, schien hier eine realistische Option zur Kriegsvermeidung. Auf der anderen Seite standen die regierenden Christdemokraten mit Kanzler Konrad Adenauer an der Spitze und deren Verbündete, die darauf verwiesen, dass man mit der Sowjetunion nicht verhandeln könne. Nur eine Integration Westdeutschlands in die westlichen Bündnissysteme und eine Politik der Stärke gegenüber dem Kommunismus würde längerfristig zu einer Wiedervereinigung Deutschlands führen. Die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs stützten dabei, mit durchaus unterschiedlicher Nuancierung, weitgehend die Haltung Adenauers und befürworteten in diesem Zusammenhang auch die Integration der Bundesrepublik in eine westliche Militärallianz. Damit stand die Frage der deutschen Wiederbewaffnung auf der Tagesordnung.²⁶ Über-

23 *W. Scott Lucas/C. J. Morris, A Very British Crusade. The Information Research Department and the Beginning of the Cold War*, in: *Richard J. Aldrich* (Hrsg.), *British Intelligence Strategy and the Cold War, 1945–51*, London 1992, S. 85–111.

24 Einen Bericht über die Labour-Delegation liefert die Labour-Abgeordnete Leah Manning in: *dies.*, *A Life for Education*, London 1970, S. 210 f.

25 *Potts*, S. 113–122.

26 *Norbert Wiggershaus, The Decision for a West German Defence Contribution*, in: *Olav Riste* (Hrsg.), *Western Security. The Formative Years. European and Atlantic Defence, 1947–1953*, Oslo 1985, S. 198–214.

all in Europa weckte diese Aussicht Ängste vor einem Wiedererstarken des deutschen Militarismus. Auch im britischen Parlament gab es innerhalb aller Fraktionen starke Vorbehalte, wobei die Vorgaben aller Parteiführungen schließlich die Oberhand gewannen und man sich nolens volens für eine Integration der Bundesrepublik in eine westliche Militärallianz entschied.

Besonders innerhalb der Labour Party führte die Frage eines deutschen Wehrbeitrags zu einer nachhaltigen Spaltung der Fraktion. Die Partei hatte mehrfach große Schwierigkeiten, die Fraktionsdisziplin zu wahren. Die Parteiführung hatte sich 1950 für eine deutsche Wiederbewaffnung ausgesprochen. Allerdings gab es im Regierungskabinett, so erinnerte sich Emanuel Shinwell (MP für Linlithgow, 1922–24; 1928–31; Seaham, 1935–50; Easington 1950–70) kaum enthusiastische Stimmen. Herbert Morrison (MP für South Hackney 1923, 1929–31; East Lewisham 1945–59) war noch am nachhaltigsten für einen westdeutschen Wehrbeitrag eingetreten. Der gegenüber Deutschland reserviert eingestellte Abgeordnete Hugh Dalton (MP für Bishop Auckland 1935–59), sowie die Minister Ernest Bevin und Stafford Cripps (MP für Bristol East 1931–50) blieben, ebenso wie Shinwell, skeptisch, fügten sich aber dem, was sie als unabänderlich einstufte. Wie es der Parteiführer Clement Attlee (MP für Limehouse 1922–50; West Walthamstow 1950–55) 1952 formulierte, sei nicht einzusehen, warum andere für die Verteidigung der Westdeutschen Geld und Truppen zur Verfügung stellen sollten. Dabei hob er jedoch auch nachdrücklich hervor, dass man vor einem Wiederaufleben des deutschen Militarismus auf der Hut sein müsse.²⁷

Viele Labour-Abgeordnete teilten diese Furcht. Mehrere hatten unmittelbar nach dem Krieg die Konzentrations- und Vernichtungslager der Nazis besucht. Das Bewusstsein davon, wozu deutscher Militarismus und Nazismus fähig gewesen waren, nährte die Furcht vor ihrem Wiederaufleben. Würde die neue deutsche Armee nicht notwendigerweise von den alten Nazigenerälen wieder aufgebaut werden? Und wer garantierte dafür, dass diese Armee nicht dieselben unheiligen Tendenzen zeigen würde wie die letzten deutschen Armeen? War aus westdeutscher Sicht eine in ein westliches Verteidigungsbündnis integrierte bundesrepublikanische Armee der Garant für die Sicherheit Deutschlands, so blieb aus europäischer Perspektive immer noch die Frage nach der Sicherheit vor Deutschland aktuell.²⁸ 1954 veröffentlichten führende Labour-Abgeordnete, unter ihnen Bevan, Crossman, Barbara Castle (MP für Blackburn 1945–50; Blackburn East 1950–55; Blackburn 1955–79) und Harold Wilson (MP für Ormskirk 1945–50; Huyton 1950–83), eine Broschüre, die ihre Gegnerschaft zu einer Wiederbewaffnung der Bundesrepublik ausdrücklich damit begründeten, dass eine westdeutsche Armee eine von Altnazis geführte Armee sein würde.²⁹ Labour-Abgeordnete, die sich für eine Wiederbewaffnung aussprachen wie Roy Jenkins (MP für Central Southwark 1948–50; Stechford/Birmingham, 1950–76; Glasgow Hillhead 1982–87) gerieten in ihren Wahlkreisen häufig ins Kreuzfeuer der Kritik der Parteiaktivisten.³⁰

Aber es war nicht nur die Vergangenheit, die den Widerstand gegen einen deutschen Wehrbeitrag anheizte. Die Bundesrepublik war und blieb bei vielen linken Labour-Abgeordneten unbeliebt. Zu erfolgreich war das Modell des »rheinischen Kapitalismus« für Sozialisten, die, viel stärker und viel länger als ihre Genossen in Bonn, an vagen Vorstellungen von weitergehenden Sozialisierungsmaßnahmen festhielten. Diese Ideen schufen

27 Clement Attlee, The Best Way to Peace in Europe, in: *Daily Herald*, 6. März 1952.

28 Zur engen Verknüpfung beider Komplexe vgl. *Christoph Bluth*, *The Two Germanies and Military Security in Europe*, Houndmills 2002.

29 *Aneurint Bevan* u. a., *It Need Not Happen. The Alternative to German Rearmament*, London 1954.

30 *Roy Jenkins*, *Life at the Centre*, London 1991, S. 106.

eine ideologische Brücke zu den kommunistischen Staaten Osteuropas. Dort waren nach Ansicht linker Labour-Abgeordneter zumindest die Grundlagen für die Schaffung einer gerechteren Gesellschaftsordnung gelegt. In der Bundesrepublik dagegen herrschte der Kapitalismus und, was noch viel unheimlicher war, ein erfolgreicher Kapitalismus, der die Arbeiter korrumpierte.

Viele Labour-Abgeordnete fürchteten auch, dass zwei deutsche Armeen, die sich feindlich an der deutsch-deutschen Grenze gegenüberstünden, die Chancen eines Dritten Weltkrieges erhöhen würden.³¹ Eine Neutralisierung Gesamtdeutschlands schien ihnen ein wichtiger Schritt zur Deeskalierung der Gefahr. Der Parteiführer Hugh Gaitskell (MP für Leeds South 1945–63) lehnte den Rapackiplan von 1957, der ja die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vorsah, zwar ab, begrüßte aber Gespräche über eine solche Zone, die seinen eigenen Ideen von Disengagement entlang des Eisernen Vorhanges durchaus entgegenkam. 1958 kam es zu einem Meinungsaustausch zwischen Crossman und Rapacki in Warschau, der allerdings zu keiner Annäherung der Positionen führte.³² Nicht aus Liebe zu Deutschland, sondern aus Furcht vor einem heißen Krieg plädierten Politiker wie Crossman und Gaitskell für den Vorrang der Wiedervereinigung vor der Westintegration.³³

Entgegen den Wünschen der Parteiführung stimmte der außenpolitische Ausschuss der Labour-Fraktion im Februar 1952 mit geringer Mehrheit gegen eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Erneut entgegen den ausdrücklichen Instruktionen der Parteileitung, die Stimmenthaltung befahl, stimmten Bevan und 57 weitere Abgeordnete im März 1952 im Unterhaus gegen einen deutschen Wehrbeitrag. Die letztendliche Zustimmung der Partei zur westdeutschen Wiederbewaffnung 1954 war schließlich auch ein wichtiger Faktor, der Bevan zum Rücktritt von seinem Posten im Schattenkabinett bewog. Ein deutscher Wehrbeitrag schien ihm jedwede Hoffnung auf Überwindung des Kalten Krieges zunichte zu machen.³⁴ Noch im November 1954 stimmte Sydney Silvermann (MP, Nelson & Colne 1935–68) trotz massiven Drucks der Fraktion erneut gegen eine deutsche Wiederbewaffnung. Zusammen mit Emrys Hughes (MP, Ayrshire and Bute 1946–69) verwies Silvermann darauf, dass jede Stimme für eine deutsche Wiederbewaffnung der SPD in den Rücken fiel und den antisozialistischen Adenauer unterstützte.³⁵ Hughes war es auch, der im November 1953 als einer der ersten Labour-Abgeordneten in die DDR reiste. In der DDR-Presse wurde er gerne zitiert, lobte er doch den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt des Landes und den aus dem Antifaschismus kommenden Friedenswillen der DDR.³⁶

Gab es also auch in der ersten Hälfte der 1950er-Jahre nach wie vor ideologische Sympathien für das kommunistische Experiment in Osteuropa auf der Labour-Linken, so überwogen doch eindeutig diejenigen Stimmen, die sich aus sicherheitspolitischen Gründen für eine Politik der Deeskalation und der Entspannung aussprachen. Selbst für *fellow travellers* und aktive Kommunisten wurde es angesichts der Entwicklungen in Osteuropa immer schwieriger, sich Illusionen über den Charakter der sowjetischen Herrschaft über Osteuropa zu machen. Als sowjetische Panzer den Aufstand in der DDR 1953 im Keim

31 Vgl. etwa Sydney Silverman/William Warbey, *Stop the Coming War*, London 1948, die schon sehr früh vor dem aufziehenden Kalten Krieg warnten und in ihm nur den Vorboten eines dritten Weltkrieges zu erkennen glaubten. Sie hielten nach wie vor einen Ausgleich mit der Sowjetunion für einen gangbaren Weg.

32 Hoff, S. 109.

33 Crossman Nachlass, Modern Records Centre, University of Warwick, MSS 154/3/GDR/2.

34 Aneurin Bevan, *In Place of Cold War*, in: *Tribune*, 17. Juli 1953, S. 4.

35 Emrys Hughes, Sydney Silverman. *Rebel in Parliament*, London 1969, S. 130, 135; Emrys Hughes, *How Dr. Adenauer did it*, in: *Tribune*, 11. Sept. 1953, S. 3.

36 Emrys Hughes, *Ein Engländer sieht die DDR*, in: *Tägliche Rundschau*, 10. Dez. 1953.

erstickten, initiierte Bevan eine von ihm verfasste Protestresolution, die von 54, allesamt von Gewerkschaften unterstützten Labour-Abgeordneten unterzeichnet wurde. Sie beklagten das Vorgehen gegen streikende Arbeiter und forderten ein uneingeschränktes Streik- und Organisationsrecht für die Arbeiter der DDR.³⁷ Der walisische Abgeordnete S. O. Davies (MP für Merthyr Tydfil, 1934–72) stand allein auf weiter Flur mit seiner Ansicht, dass Nazi-Provokateure aus dem Westen zusammen mit dem amerikanischen CIA den Aufstand angezettelt hätten.³⁸

Für diejenigen, wie Crossman, die nach wie vor an Verhandlungen mit der Sowjetunion interessiert waren, kam der Aufstand ungelegen. In einer parteiinternen Analyse war er ehrlich genug einzugestehen, dass es sich bei dem Aufstand in keiner Weise um eine von westlichen Agenten angezettelte Provokation handelte. Dennoch lobte er die Sowjets, die die spontane Revolte mit viel Umsicht und einem Minimum an Verlusten von Menschenleben beendet hätten. Der Aufstand, so Crossman, sollte die westlichen Mächte nicht davon abhalten, weiter die Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung gemeinsam mit der Sowjetunion auszuloten.³⁹ Eine solche Haltung entsprang allerdings mitnichten irgendwelchen kommunistischen Sympathien Crossmans, sondern erklärte sich aus seiner Ansicht, ein neutrales Gesamtdeutschland würde einen heißen Krieg in Europa unwahrscheinlicher machen.

Nach der Niederschlagung des ostdeutschen Aufstandes 1953 war die Zerschlagung des ungarischen Reformkommunismus 1956 ein weiterer Beweis dafür, dass die Sowjetunion ihren Machtbereich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen bereit war. Die britische Presse verurteilte das Vorgehen der Sowjetunion einhellig. Selbst die CPGB distanzierte sich von der Sowjetunion. Im Parlament gab es ebenfalls nur vereinzelte Stimmen, die aus der einmütigen Verurteilung des sowjetischen Vorgehens ausscheren. Einige Labour-Abgeordnete, unter ihnen Ian Mikardo (MP für Reading, 1945–55; Poplar, 1964–74, Tower Hamlets, 1974–93) und Arthur Henderson, erinnerten daran, dass die Sowjets in Ungarn dasselbe täten wie die Franzosen und Briten in Suez und verurteilten damit indirekt die angebliche Doppelmoral vieler ihrer Mitabgeordneten.⁴⁰ Zu einer direkten Verteidigung des Vorgehens der Sowjetunion ließ sich nur John Baird (MP für Wolverhampton East, 1945–50; Wolverhampton North-East; 1950–64) hinreißen. Er reiste im August 1957 nach Budapest und gab dort seiner Überzeugung Ausdruck, dass es sich bei dem Aufstand 1956 tatsächlich um eine Konterrevolution gehandelt habe, die zum Glück niedergeschlagen worden sei.⁴¹ Im November 1956 lag der Fraktion ein beeindruckender Bericht der ungarischen Sozialdemokratin Anna Kethly zur Situation in Budapest vor. Im Juni 1958 sprach der Parteiführer Hugh Gaitskell auf einer in London von der Partei mitorganisierten Protestversammlung angesichts der Hinrichtung Imre Nagys.⁴² Im Oktober sandte Gaitskell eine Grußbotschaft an die Mitglieder des sich im Exil befindlichen ungarischen Schriftstellerverbandes, in dem er nachdrücklich seiner Solidarität mit den Aufständischen Ausdruck verlieh.⁴³

37 Vgl. *The Times*, 26. Juni 1953, S. 6.

38 *Hansard*, 24. Juni 1953, col. 1908.

39 Notes on the German Situation, in: Crossman Nachlass, Modern Records Centre, Warwick University, MSS 154/3/AV/1/343.

40 *Mikardo*, in: *Hansard*, 3. Nov. 1956, Bd. 558, Spalte 1884; für die Aussagen Hendersons vgl. Mr. Selwyn Lloyd on Tragedy of Hungary, in: *Manchester Guardian*, 6. Nov. 1956.

41 *John Baird*, *The Counter Revolution was Truly a Counter Revolution*, article published in *Nepszabadsag*, 31. August 1957 (Übersetzung in Labour Party Archive, LP/ID/HUN/18).

42 International Sub-Committee of the National Executive Committee, Minutes, 17 Juni 1958, in: Labour Party Archive LP/ID/HUN/19.

43 *Hugh Gaitskell*, 22. Okt. 1958, in: Labour Party Archive, LP/ID/HUN/23.

Insgesamt kann kein Zweifel daran bestehen, dass der Stern des sowjetischen Kommunismus nach 1956 innerhalb der westlichen Linken erheblich sank. Was die Deutschlandfrage anbetraf, so waren in der Fraktion der Labour Party längst diejenigen Stimmen in der Mehrheit, die sich für einen weiteren Ausbau der Beziehungen mit der verbündeten Bundesrepublik und gegen eine Anerkennung der DDR aussprachen.⁴⁴ Desmond Donnelly (MP für Pembrokeshire 1950–70), ein ehemaliger Gegner des westdeutschen Wehrbeitrags, sprach sich nach einem Besuch in der DDR für eine Wiederbewaffnung Westdeutschlands aus, da die Sowjetisierung Ostdeutschlands so weit fortgeschritten sei, dass keine Aussicht mehr auf eine schnelle Wiedervereinigung bestand. Die DDR beschrieb er als »Polizeistaat unter sowjetischer Kontrolle«.⁴⁵ Die Militarisierung Ostdeutschlands hatte bereits im September 1950 zu Befürchtungen im Parlament geführt, dass ein Angriff auf die Bundesrepublik bevorstand, in dem Einheiten der militärisch ausgerüsteten ostdeutschen Volkspolizei zum Einsatz kämen.⁴⁶ Unter dem Eindruck des Überfalls Nordkoreas auf Südkorea befürchtete man, dass Deutschland zu einem europäischen Korea werden könne. Das SED-Regime konnte unter diesen Bedingungen nicht hoffen, mit ihren Forderungen nach Anerkennung im Westen auf offene Ohren zu stoßen.

IV. NEUE OSTPOLITISCHE INITIATIVEN VOR DEM HINTERGRUND EINER STAGNATION IN DER DEUTSCHEN FRAGE

Die kommunistischen Staaten Osteuropas erschienen immer weniger Linken im Westen als gesellschaftliches Vorbild. Dagegen hatten viele Abgeordnete, und das nicht nur auf der Linken, ein Interesse daran, dass sich der Kalte Krieg nicht in einen heißen Krieg verwandelte. Die Suche nach einem Dialog mit den Staaten jenseits des Eisernen Vorhanges wurzelte auch in dem Bemühen um einen Abbau von Spannungen. Die Nicht-Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik und der rigorose Versuch bundesrepublikanischer Politiker, alle Staaten der Welt mit der Hallstein-Doktrin daran zu hindern, die DDR anzuerkennen, trug, nach Ansicht immer weitergehender Kreise in Großbritannien, ganz und gar nicht zur Stabilisierung bei, sondern war, im Gegenteil, beständiger Anlass für Krisen und Konflikte. Die deutsche Frage blieb damit nach wie vor der Schlüssel zur Tür einer jedweden ostpolitischen Initiative.

Bereits Churchills Gipfeldiplomatie nach Stalins Tod,⁴⁷ aber auch der auf der Außenministerkonferenz in Berlin Anfang 1954 lancierte »Eden-Plan«, der freie gesamtdeutsche Wahlen an den Beginn eines deutschen Einigungsprozesses setzte⁴⁸, und auch die Vorschläge Harold Macmillans (MP für Stockton, 1924–29, 1931–45; Bromley 1945–64) in der zweiten Berlinkrise 1958 bis 1962 sahen ja in der einen oder anderen Form die fakti-

44 Zu den Beziehungen der Labour Party zur westdeutschen SPD nach 1945 vgl. *Richard Löwenthal*, Zur deutschen politischen Emigration in Großbritannien im zweiten Weltkrieg. Wechselwirkungen und Nachwirkungen, in: *Gottfried Niedhardt* (Hrsg.), Großbritannien als Gast- und Exilland für Deutsche im 19. und 20. Jahrhundert, Bochum 1985, S. 89–116; vgl. auch *Lawrence Black*, Social Democracy as a Way of Life. Fellowship and the Socialist Union, 1951–59, in: *Twentieth Century British History* 10 (1999), S. 499–539.

45 »Freedom in Berlin«, copy in Donnelly papers, National Library of Wales, Aberystwyth, C4.

46 Hansard, 24. Mai 1950, Bd. 475, Spalte 2089.

47 *John W. Young*, Winston Churchill's Last Campaign. Britain and the Cold War 1951–55, Oxford 1996; *Klaus Larres*, Churchill's Cold War. The Politics of Personal Diplomacy, London 2002.

48 *David Dutton*, Anthony Eden. A Life and Reputation, London 1997.

sche Akzeptanz der DDR vor.⁴⁹ Gerade Macmillan blickte bei seinem Moskaubesuch 1959 durchaus nicht nur auf die für Ende des Jahres angesetzten Unterhauswahlen, sondern war zugleich ernsthaft besorgt, dass die Welt, wie bereits 1914, erneut einem Krieg entgegengiebt, der allerdings dieses Mal ein nuklearer Holocaust werden würde. Berlin war dieses Risiko seiner Meinung nach nicht wert, und so suchte er nach einem Kompromiss, der zu einem ersten Schritt auf dem Weg zu einer weitergehenden Entspannungspolitik werden könnte. Macmillans Kompromissformel hätte die Hallstein-Doktrin aufgegeben, und auf dem Pariser Gipfeltreffen im Mai 1960 sollte es dann auch zu einer Initiative kommen. Doch zum Glück für Adenauer und die bundesrepublikanische Politik, endete der Pariser Gipfel, noch bevor er beginnen konnte, da die sowjetische Delegation nach Bekanntwerdung der Nachricht vom Abschuss eines amerikanischen Spionageflugzeugs vom Typ U2 über der Sowjetunion sofort abreiste. So blieb das Tauwetter in den Ost-West-Beziehungen vorerst aus. Es kam zu keiner Regelung der Berlin-Frage und auch nicht zur Anerkennung der DDR.

Die Episode zeigte jedoch, dass weite Teile der britischen politischen Klasse und auch die breitere Öffentlichkeit gegen Ende der 1950er-Jahre definitiv nicht mehr bereit waren, über der Berlin- oder der Deutschlandfrage einen heißen Krieg mit der Sowjetunion zu riskieren. Von daher war man an einem Arrangement mit der Sowjetunion interessiert, selbst wenn dieses ein gewisses Maß an Anerkennung für die DDR mit sich brachte. Seit Mitte der 1950er-Jahre gab es auch Stimmen im britischen Parlament, die sich für eine de facto Anerkennung der DDR stark machten. Diese Stimmen wurden im Verlauf der 1960er-Jahre immer lauter. Einstimmen konnte hier auch das immer kleiner werdende Grüppchen derer, die nach wie vor ideologische Sympathien für den real existierenden Sozialismus hatten und sich vor den Karren der kommunistischen Propaganda spannen ließen. Aber mehr Gewicht hatten diejenigen Realpolitiker, die aus entspannungspolitischen Gründen für eine konstruktive Ostpolitik eintraten.

Dabei waren britische Parlamentsabgeordnete, gerade auf Seiten der Labour Party, unter den ersten, die ein konstruktives Engagement mit den kommunistischen Staaten Osteuropas forderten. Bereits in den 1950er-Jahren waren ihre Ideen von derselben Spannung gekennzeichnet, die in den 1960er-Jahren den Brückenvorstellungen der Johnson-Administration in den USA und der Neuen Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr zugrunde lagen.⁵⁰ Sie changierten zwischen dem Bemühen, die kommunistischen Staaten Osteuropas zu stabilisieren, da andernfalls der Friede und die Sicherheit in Europa bedroht wären, und dem Anspruch, gerade durch den vermehrten Kontakt die Rigidität der kommunistischen Regimes letztendlich von innen heraus zu unterminieren. Gottfried Niedhard und Oliver Bange haben in ihren Studien nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die bundesrepublikanische Ostpolitik zutiefst eingebunden war in transatlantische und europäische Kommunikationsnetze.⁵¹ Viele ostpolitische Ideen Brandts und Bahrs entwickelten sich in der Auseinandersetzung mit Détente und Entspannungsvorstellungen wie sie besonders in den USA und Frankreich in den 1960er-Jahren vertreten wurden. Britische Parlamentarier entwickelten bereits in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre ost-

49 *John P. S. Gearson*, *Harold Macmillan and the Berlin Wall Crisis, 1958–62. The Limits of Interest and Force*, London 1998.

50 Zu den ostpolitischen Vorstellungen der Johnsonadministration in den USA vgl. *Thomas A. Schwartz*, *Lyndon Johnson and Europe. In the Shadow of Vietnam*, Cambridge/Mass. 2003.

51 Vgl. besonders die im Rahmen eines Projekts zu »détente und Ostpolitik« entstandenen Aufsätze von *Gottfried Niedhard/Oliver Bange*, Die »Relikte der Nachkriegszeit« beseitigen. Ostpolitik in der zweiten außenpolitischen Formationsphase der Bundesrepublik Deutschlands und ihre internationalen Rahmenbedingungen 1969–1971, sowie *Oliver Bange*, Ostpolitik as a Source of Intra-Bloc Tensions, beide abrufbar über die Website des Projekts: <<http://www.ostpolitik.net>>.

politische Perspektiven, die zumindest kompatibel waren mit Ideen, wie sie in den 1960er-Jahren dann in anderen westlichen Ländern vertreten wurden. Darauf soll im Folgenden näher eingegangen werden.

Parlamentarier, die sich um Kontakte mit der DDR bemühten, standen immer in der Gefahr, vor den Anerkennungskarren der DDR gespannt zu werden. Kein geringerer als Walter Ulbricht forderte auf dem IV. Parteitag der SED die Genossen auf, mehr westliche Besuchergruppen in die DDR einzuladen.⁵² Die Besuchsdiplomatie sollte zum bevorzugten Mittel der westpolitischen Strategie der Anerkennung der DDR werden, wobei man gezielt auf die Strategien der Besuchsdiplomatie zurückgriff, wie sie bereits von der Sowjetunion in den 1930er-Jahren entwickelt worden waren.⁵³ Parlamentarier waren dabei immer eine begehrte Zielgruppe, galten sie doch als eine politisch besonders einflussreiche Gruppierung. Für den Kampf gegen die 1955 verkündete Hallsteindoktrin startete die DDR eine groß angelegte publizistische Offensive, die sie sich durchaus etwas kosten ließ.⁵⁴ Der Erfolg dieser Kampagne war unterschiedlich. Am einflussreichsten waren diejenigen Stimmen, die sich mit britischem Journalismus und öffentlicher Meinung gut auskannten und dabei, zumindest auf der britischen Linken, über Glaubwürdigkeit verfügten. So war etwa John Peets *Democratic German Report* durchaus auch ein unter Parlamentariern gelesenes Blatt, und Gordon Schaffers Buch *The Russian Zone* dürfte unter britischen Linken die bekannteste Informationsquelle zu Ostdeutschland gewesen sein.⁵⁵ Die in Ostberlin akkreditierten Auslandskorrespondenten des *Daily Worker/Morning Star*, Phyllis Rosner und später Alan Winnington, übten vor allem im kommunistischen Spektrum Einfluss aus. Am geringsten war wohl der Eindruck, der von den Hochglanzbroschüren der DDR-Propaganda ausging. So druckte etwa das *Foreign Affairs Bulletin* der Presseabteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR vor allem offizielle Stellungnahmen der Partei- und Staatsführung ab, deren englische Lektüre sehr mühsam war. Zu offensichtlich war hier der Versuch, den real existierenden Sozialismus zu einem Paradies zu stilisieren, das positiv kontrastiert werden konnte mit einem kruden Zerrbild von einem angeblich faschistischen Westdeutschland.

Als sehr viel effektiveres Einfallstor erwies sich der Handel.⁵⁶ Bereits 1952 bereiste eine erste inoffizielle Delegation Großbritanniens die DDR. Vor allem die konservativen Abgeordneten Burnaby Drayson (MP für Westriding/Yorkshire 1945–79) und Viscount Hinchingbrooke versuchten in der Folgezeit immer wieder, die britische Regierung auf das Handelspotential mit der DDR hinzuweisen. Dabei wurde des Öfteren betont, dass ja auch die Bundesrepublik selber intensiven Handel mit dem zweiten deutschen Staat trieb. Emrys Hughes forderte bereits im Oktober 1954 im Parlament den Ausbau der Handelsbeziehungen zur DDR als ersten Schritt auf dem Wege der Normalisierung der Beziehungen zu Großbritannien.⁵⁷ Auch Hinchingbrooke äußerte im Februar 1956 vor dem Parlament, dass man mit Rücksicht auf den Handel die DDR endlich anerkennen solle.⁵⁸ Beim

52 Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1, Berlin 1954, S. 32.

53 Paul Hollander, *Political Pilgrims. Travels of Western Intellectuals to the Soviet Union, China and Cuba 1928–1978*, Oxford 1981, S. 347–99, beschreibt en detail die »techniques of hospitality« kommunistischer Staaten gegenüber westlichen Besuchern.

54 Michael Lemke, *Die Außenbeziehungen der DDR (1949–1966). Prinzipien, Grundlagen, Zäsuren und Handlungsspielräume*, in: Ulrich Pfeil (Hrsg.), *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989*, Berlin 2001, S. 63–80.

55 Stefan Berger/Norman LaPorte, John Peet (1915–1988). An Englishman in the GDR, in: *History* 89 (2004), S. 49–69; Gordon Schaffer, *The Russian Zone*, London 1947.

56 Vgl. zu den Handelsbeziehungen auch Hoff, S. 170–88; 297–306; 431–441.

57 Becker, S. 198 f.

58 Hansard, 27. Feb. 1956, Spalten 922–926.

Board of Trade stießen sie dabei auch durchaus auf Gehör. Allerdings war das britische Außenministerium äußerst wachsam und verhinderte alle offiziellen Kontakte mit Hinblick auf die Rücksichten, die man auf den bundesrepublikanischen Bündnispartner zu nehmen hatte. Auch die Federation of British Industries (FBI) reagierte unter ihrem streng antikommunistischen Direktor Peter Tennant sehr abwartend. Dennoch entwickelten sich die Handelskontakte positiv, und besonders in den Jahren zwischen 1960 und 1963 wurde Großbritannien, immer mit weitem Abstand nach der Bundesrepublik, zum wichtigsten Handelspartner der DDR. Dabei lieferte die DDR vor allem Kali, und im Gegenzug importierte sie britische Nahrungsmittel.⁵⁹ Bereits im März 1961 etablierte sich im Unterhaus eine East-West Trade Parliamentary Group, die bei der Beförderung von Handelskontakten nach Osteuropa Hilfestellung leistete. Obwohl ausdrücklich als Allparteienausschuss gegründet, dominierten Labour-Abgeordnete, die immer wieder betonten, dass Großbritannien nicht der Kalten Kriegspropaganda des Westens folgen, sondern vielmehr die Möglichkeit zu einem Ausbau des Handels nutzen sollte, um so auch zu einem Abbau der Spannungen zwischen Ost und West beizutragen.⁶⁰ Unter den Abgeordneten, die sich besonders für verstärkte Handelskontakte mit Osteuropa einsetzten, befanden sich Robert Maxwell (MP für Buckingham, 1964–70), Mikardo, Will Owen (MP für Morpeth 1954–70), Arthur Lewis (MP für Upton, 1945–50; West Ham North, 1950–74; Newham North West, 1974–83), Sir Leslie Plummer (MP für Deptford, 1955–79), John Stonehouse (MP für Wednesburg, 1957–74; Walsall, 1974–76), Sydney Silvermann, Terence Clarke (MP für Portsmouth West 1950–1966) und Lord Boothby (MP für Aberdeen und Kincardine 1924–50, Aberdeenshire East, 1950–1958).

Trotz der Bemühungen dieser Gruppe blieben die Handelsbeziehungen Großbritanniens mit den Staaten Osteuropas insgesamt eher bescheiden, und das trotz intensiver Bemühungen des Board of Trade, aber auch anderer Regierungsinstanzen, selbst in der Frühphase des Kalten Krieges die Handelsbeziehungen zur Sowjetunion und zum sowjetisch dominierten Osteuropa nicht zu vernachlässigen.⁶¹ Entgegen den Wünschen und Vorstellungen von prosovietischen Parlamentariern wie Renée Short,⁶² kam es nicht zu einem take-off der wirtschaftlichen Beziehungen. Beide Blöcke trieben Handel weitgehend (und mit Ausnahme der indirekten Anbindung der DDR an den europäischen Binnenmarkt durch die Bundesrepublik) innerhalb ihrer jeweiligen Blocksysteme. Der Gesamtumfang des britischen Handels mit Osteuropa betrug 1987 nur knapp zwei Prozent des gesamten Welthandels Großbritanniens, wobei der Handel mit der Sowjetunion allein ein Prozent ausmachte.⁶³

Die Vermittlung von Handelskontakten konnte allerdings für einzelne Parlamentarier durchaus zu einem lukrativen Geschäft werden. Der konservative Abgeordnete Burnaby Drayson etwa war zugleich Direktor der Handelsgesellschaft Dominions Export Ltd. Seine Firma schloss das erste Warenkompensationsgeschäft mit der DDR ab, das sich über drei Millionen Pfund belief. Die Labour-Abgeordneten Ian Mikardo und Jo Richardson

59 *Raymond Stokes*, A Singular Attraction. Economic and Technological Relations Between Great Britain and the GDR in the 1950s and 1960s, in: *Bauerkämper* (Hrsg.), Britain and the GDR, S. 325–38.

60 Hansard, 20. Juli 1967, Bd. 753, Spalte, 412; Ebd., 14. April 1967, Bd. 750, Spalte 2116.

61 *Ian Jackson*, Rival Desirabilities. Britain, East-West Trade and the Cold War, 1948–1951, in: *European History Quarterly* 31 (2001), S. 265–87; *ders.*, The Limits of International Leadership. The Eisenhower Administration, East-West Trade and the Cold War, 1953–54, in: *Diplomacy and Statecraft* 11 (2000), S. 113–38.

62 *Renée Short*, Contrasting Trade Trends, *The Times* 3 Nov. 1969; *dies.*, Export Apathy at Embassies, *The Times*, 23 Sept. 1965; *dies.*, Build up Trade With East, *Daily Mail*, 2. Dez. 1967.

63 *House of Commons*, Session 1988–89. Foreign Affairs Committee, Eastern Europe and the Soviet Union, Minutes of Evidence, 23. Nov. 1988, London 1988, S. 10.

(MP für Barking 1974–94) machten ebenfalls Profite aus ihren Kontakten mit Osteuropa. Mikardo selbst erwähnte, dass er 1964/5 circa £ 5000 Einnahmen aus seiner Beratertätigkeit im Ost-West Handel hatte. Britische Firmen zahlten immerhin Kommissionen von bis zu zweieinhalb Prozent für die Vermittlung von lukrativen Handelsverträgen mit Ostblockstaaten. So fragte denn auch ein anderer Labour-Abgeordneter, George Jeger (MP für Goole, 1950–71), 1962 an, was es denn mit den Profiten von Abgeordneten auf sich habe und forderte sie auf, ihre Einnahmen aus dem Ost-West Geschäft offen zu legen.⁶⁴

Nicht nur Handelsvertreter aus Osteuropa klopfen an die Türen des britischen Parlaments. Auch die Auslandsspionage bemühte sich um parlamentarische Kontakte zu Großbritannien.⁶⁵ So wurde etwa Drayson schon frühzeitig von der ostdeutschen Stasi als wichtiger Kontakt in Großbritannien geführt. Will Owen wurde 1971 vor Gericht gestellt und bezichtigt, für den tschechoslowakischen Geheimdienst spioniert zu haben. Er musste aber schließlich freigesprochen werden. Der langjährige Leiter der Presseabteilung der Labour Party, Arthur Bax, ging 1961 in den Freitod, nachdem herausgekommen war, dass er interne Parteidokumente an osteuropäische Geheimdienste weitergeleitet hatte. Besonders ehemalige sowjetische Geheimdienstler wie Oleg Gordievsky sowie Publizisten, z. B. Chapman Pincher, betonten immer wieder die große Rolle der Spionage im Ost-West-Verhältnis des Kalten Krieges.⁶⁶ Dabei sollte man allerdings berücksichtigen, dass ein Großteil der Abgeordneten keine Geheimnisträger waren. Sie sprachen mit Vertretern des Ostblocks, auch mit Spionen, in dem Bewusstsein, etwas für die gegenseitige Verständigung zu tun und zum Abbau von Spannungen zwischen Ost und West beizutragen. Auf Seiten osteuropäischer Geheimdienste gab man der Rekrutierung von westlichen Parlamentariern einige Priorität, aber viele der »Rekrutierten« fühlten sich durchaus nicht als Vaterlandsverräter und Geheimnislieferanten. Die meisten der Informationen, die Gesprächsstoff für Abgeordnete und Vertreter östlicher Geheimdienste boten, waren öffentlich zugänglich. Vorwerfen kann man den wenigen Abgeordneten, die von osteuropäischen Geheimdiensten als Informanten geführt wurden, höchstens ihre Naivität und ihre Funktionalisierung als Fürsprecher des Kommunismus im Kalten Krieg.

Ob nun Agenten, Handelsvertreter, Friedensboten oder *fellow travellers*, der Reiseverkehr britischer Parlamentarier ins kommunistische Osteuropa hatte bereits Ende der 1950er-Jahre derartige Ausmaße angenommen, dass es auf Seiten mehrerer osteuropäischer Staaten Bemühungen um eine dauerhafte Institutionalisierung der parlamentarischen Kontakte nach Großbritannien gab. Das britische Parlament unterhielt für beinahe alle osteuropäischen Staaten parlamentarische Komitees, in denen sich Abgeordnete zusammenfanden, die ein besonderes Interesse an dem betreffenden Staat entwickelt hatten. Nicht zuletzt um auszuloten, welche Möglichkeiten es gäbe, eine solche Institutionalisierung parlamentarischer Kontakte zwischen Großbritannien und der DDR herbeizuführen, reiste Gotthard Eberlein 1958 nach London, wo er vor allem Gespräche mit Lewis und Owen führte.⁶⁷ Es dauerte dann allerdings noch bis zum November 1965, ehe es zur Gründung des Britain-GDR Parliamentary Committee im Unterhaus kam. Hier sammelten sich ungefähr dreißig Abgeordnete, von denen die überwiegende Mehrzahl auf der Linken der Labour Party stand. Ihnen ging es vor allem darum, die Anerkennung der DDR durch Großbritannien durch-

64 Hansard, 15. März 1962, Bd. 655, Spalte 1511; Sunday Telegraph, 18. März 1962.

65 Vgl. mit Blick auf die Stasi sehr umfassend *Anthony Glees, The Stasi Files. East Germany's Secret Operations against Britain*, London 2003.

66 *Chapman Pincher, Their Trade is Treachery*, London, 1981; *Oleg Gordievsky, Next Stop Execution*, London 1995.

67 *Hoff*, S. 166–169.

zusetzen. Um dies zu erreichen, arbeiteten sie eng mit dem 1966 in der Volkskammer gegründeten Parlamentarischen Freundschaftskomitee DDR-Großbritannien zusammen.⁶⁸

Auf britischer Seite spielten besonders die Vorsitzende der Gruppe, Renée Short, Präsident Will Owen, Sekretär Arnold Gregory (MP für Stockport South 1964–70) und Schatzmeister N. Atkinson (MP für Tottenham 1946–87) eine wichtige organisatorische Rolle.⁶⁹ Short selber, die auf den Spitznamen »Red Renée« hörte, war zugleich Vorsitzende der British-Soviet Parliamentary Group, Präsidentin der British-Romanian Friendship Association und Vizevorsitzende der Parliamentary East West Trade Group. Auf regelmäßigen Reisen durch Osteuropa hatte sie ein ausgesprochen positives Bild von der gesellschaftlichen Entwicklung jenseits des Eisernen Vorhanges gewonnen. Die kommunistischen Staaten Osteuropas schienen ihr die eigenen Ideale weitgehend in die Realität umzusetzen.⁷⁰ Eine dauerhafte deutsche Teilung war für sie der Garant des Friedens in Europa.⁷¹ Durch die gesamten 1980er-Jahre hindurch spielte William Wilson die vielleicht wichtigste Rolle im Britain-GDR Parliamentary Committee. Eine Mitgliederliste aus den frühen 1980er-Jahren führte u. a. die Abgeordneten Ian Mikardo, Julius Silverman (MP für Birmingham Erdington 1945–55; Birmingham Aston 1955–83), James Lamond (MP für Oldham East 1970–83; Oldham Central und Royton 1983–92) und auch Neil Kinnock (MP für Bedwellty 1970–83; Islwyn 1983–95) als Mitglieder. Engen Kontakt unterhielt William Wilson mit der DDR-Botschaft in London. Mehrfach lud er den Botschafter ins Unterhaus ein, um vor der Gruppe zu sprechen. Er bemühte sich auch, Abgeordnete in die Arbeit der Britain-GDR Society zu involvieren. Selbst pflegte er engen Kontakt mit dem kommunistischen Sekretär der Society, Jack Berlin.⁷² Der konservative Abgeordnete Peter Temple Morris (MP für Lepster 1974–2001), in den 1980er-Jahren als Vorsitzender der Inter-Parliamentary Union (IPU) mit den internationalen Kontakten der britischen Parlamentarier gut vertraut, schätzte die Bedeutung des Britain-GDR Parliamentary Committee allerdings wohl zu recht als gering ein. Viel wichtiger war seiner Meinung nach die britisch-westdeutsche Gruppierung: »the GDR was always very much a poor cousin.«⁷³ Auf britisch-westdeutscher Seite hatten die einflussreichen Königswinterer Konferenzen das Ihre dazu beigetragen, das Verhältnis zwischen den Parlamentariern (und nicht nur zwischen diesen) zu verbessern.⁷⁴ Die DDR hatte sich durchaus bemüht, diesem Forum mit den eigenen Potsdamer Konferenzen von 1965 und 1967 etwas entgegenzusetzen, aber die Versuche waren nicht sehr erfolgreich und ihnen war auch keine Dauer beschieden.⁷⁵

Bereits 1959 besuchte ein Vertreter der Liga für Völkerfreundschaft, Horst Brasch, Großbritannien, um den Aufbau einer außerparlamentarischen Freundschaftsgesellschaft anzuregen. Brasch verbanden noch aus der Zeit seines britischen Exils freundschaftliche Beziehungen mit dem Labour-Abgeordneten Will Owen. Abgeordnete wie Owen hatten eine ausgesprochene Nostalgie für die Volksfrontpolitik der 1930er-Jahre. Die Leistungen der Sowjetunion im Kampf gegen den Faschismus (auch und gerade im Spanien der 1930er-Jahre) wurden unumschränkt anerkannt. Antifaschismus blieb hier eine wichtige

68 Vgl., u. a., Brief Will Owen an Anton Plenikowski/Prof. Hermann Budzislowski, London 29.5.1966, in: SAPMO-BArch, DA/1 12456.

69 Arnold Gregory an Anton Plenikovski, London 5.6.1966, in: ebd.; siehe auch Hoff, S. 397 ff.

70 Zu Short vgl. vor allem Lilleker, S. 197–206.

71 Renée Short, The Two Germanies, in: Observer, 16. Januar 1966.

72 Interview Norman LaPorte mit William Wilson, 13. August 2002.

73 Interview mit Peter Temple Morris, 5. November 2003.

74 Christian Haase, The Anglo-German Society and the Königswinter Conferences, in: Arnd Bauerkämper/Christiane Eisenberg (Hrsg.), Britain as a Model of Modern Society? German Views, voraussichtliches Erscheinungsdatum 2006.

75 Zu den Potsdamer Konferenzen vgl. Hoff, S. 396 f.

Brücke zu Osteuropa. Die Verbindung Kapitalismus und Faschismus, die Linken oftmals leicht fiel, förderte außerdem die Sympathien für den Kommunismus, wo zumindest die kapitalistische Gesellschaftsordnung außer Kraft gesetzt war. Und die Freundschaftsgesellschaft sollte denn auch, wie die zahlreich vorhandenen Freundschaftsgesellschaften der anderen kommunistischen Staaten Osteuropas, die Kontakte zu denjenigen Parlamentariern, die dem real existierenden Sozialismus aufgeschlossen gegenüberstanden, nach Kräften pflegen. Außerdem betonte Brasch, dass man sich auch bemühen wolle, der DDR freundlich gesinnte Abgeordnete aus Großbritannien und der Bundesrepublik zusammenzuführen.⁷⁶ In der Folgezeit fehlte es hier allerdings an konkreten Initiativen.

Insgesamt zeitigten die Bemühungen der DDR um die Gunst britischer Parlamentarier durchaus Resultate. Bis 1959 hatten 63 Unterhausabgeordnete die DDR besucht. 53 von ihnen gehörten der Labour Party an. Immer wieder äußerten sich Labour-Abgeordnete gegenüber den Medien der DDR sehr positiv über ihre Beobachtungen. Freunde der DDR sammelten sich vor allem in der 1958 wiedergegründeten »Victory for Socialism«-Gruppe. Die Stasi begrüßte zwar die Neugründung dieser Gruppierung, kritisierte aber auch das Fehlen von marxistischen Perspektiven.⁷⁷ Innerhalb der Labour-Fraktion bemühte sich »Victory for Socialism« allerdings recht erfolgreich um die Ausbreitung linker Politikvorstellungen, inklusive Ideen einer einseitigen Abrüstung und einer recht positiven Sicht auf den real existierenden Sozialismus in Osteuropa.⁷⁸ Nach dem Besuch einer hochrangigen Labour-Delegation 1960, der u. a. auch Manny Shinwell und Dick Crossman angehörten, veröffentlichte die DDR sogar ein ganzes Buch mit ihren weitgehend positiven Eindrücken. Shinwell etwa befand, es bestünde »ein erstaunlich hohes Ausmaß der Meinungsfreiheit« in der DDR.⁷⁹

Im Jahre 1960 protestierten eine Reihe von Labour-Abgeordneten angesichts der Ausweisung des DDR-Korrespondenten Krahl,⁸⁰ und im selben Jahr nahmen walisische Labour-Abgeordnete auf Einladung der DDR Kontakt zu Vertretern der Sorben in der DDR auf. Im Folgejahr, 1961, besuchte eine weitere Labour-Delegation, der neben Lord Faringdon und Mikardo auch Leslie Plummer, John Mendelson (MP für Penistone 1959–78) und Richard Kelly (MP für Don Valley 1959–79) angehörten, die DDR. Sie notierte wohlwollend, dass der zweite deutsche Staat ein »liberalerer Ort« geworden sei und gaben ihrer Hoffnung nach einem weiteren Abbau der Ost-West Spannungen Ausdruck.⁸¹ Labour-Abgeordnete wie Arthur Lewis und Renée Short benutzten die Fragestunden im Parlament immer wieder dazu, die Anerkennung der DDR einzufordern. Sie stellten den kommunistischen Staat dabei in der Regel durchaus als glänzendes Beispiel für sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt und einen ehrlichen Anwalt des Weltfriedens dar. Bei den Feierlichkeiten im Londoner Ambassador Hotel anlässlich des 17. Jahrestages der Gründung der DDR forderte der Labour-Abgeordnete Arnold Gregory nachdrücklich die An-

76 Notizen über den Aufenthalt des englischen Labour-Abgeordneten Konni Zilliacus mit seiner Ehefrau und seiner Tochter in Berlin vom 12.–16.8.1960, in: SAPMO-BArch, DA/1 12093.

77 Bericht über die wirtschaftliche, innen- und aussenpolitische Entwicklung Grossbritanniens sowie über die Beziehungen zur DDR während des Jahres 1958 und die sich daraus ergebenden Aufgaben für das Jahr 1959, in: SAPMO-BArch, DY 43/2214; vgl. Bildung der Gruppe »Sieg des Sozialismus« in der britischen Labour-Partei [ohne Datum: 1958?], in: Politisches Archiv des Auswärtiges Amtes [PP AA], Bestand des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten [MfAA], A 13068.

78 Lilleker, S. 143–45.

79 Richard Crossman/Emanuel Shinwell/Jean Pierre Laroche, *Mit fremden Augen gesehen*, Berlin 1960, S. 19.

80 Hoff, S. 316–18.

81 Kurz gefasster Bericht über den Besuch britischer Unterhausabgeordneter [ohne Datum: 1961], SAPMO-BArch, DA/1 12093.

erkennung eines kommunistischen Deutschlands. Im selben Jahr reisten drei von der NUM gesponserte Labour-Abgeordnete in die DDR, von denen der spätere Energieminister Ed Varley nachdrücklich begeistert wieder nach Großbritannien zurückkehrte.⁸²

Auch der spätere Parteiführer Harold Wilson hatte Kontakte zu Vertretern des SED-Regimes und äußerte sich bereits 1961 sehr positiv zur DDR und zur Frage der Anerkennung des zweiten deutschen Staates. Die SED-Führung hegte somit große Hoffnungen auf eine Wilson-Regierung, die allerdings allesamt zunichte wurden, als sich immer klarer abzeichnete, dass eine Labour-Regierung, ebenso wie ihr konservativer Vorgänger nicht bereit war, die Beziehungen zur Bundesrepublik denen zur DDR unterzuordnen.⁸³ Dies um so mehr, als die britische Außenpolitik der bundesrepublikanischen Unterstützung bedurfte, was den Eintritt Großbritanniens in die Europäische Union anbetraf. Ostpolitik und Europapolitik waren in den 1960er- und frühen 1970er-Jahren durchaus eng miteinander verbunden. Nach dem Scheitern des EWG-Beitritts 1963 war man sich in London nur allzu bewusst, dass das Entrée nach Europa über Bonn würde laufen müssen.⁸⁴ Zugleich suchte man allerdings auch anderswo Unterstützung für die britischen Beitrittswünsche. Wie Wilson gegenüber seinen Gesprächspartnern in Paris, Washington und Moskau betonte, diene der Beitritt Großbritanniens zur EWG auch der weitergehenden Kontrolle der Westdeutschen, deren zunehmende wirtschaftliche Macht sich über kurz oder lang auch in Forderungen nach mehr politischem internationalem Gewicht bemerkbar machen würde. Aber die Bundesrepublik unterstützte ihrerseits durchgängig die Beitrittswünsche Großbritanniens, war doch den westdeutschen Ostpolitikern die weitergehende europäische Integration nur die Kehrseite der ostpolitischen Medaille. In Großbritannien quittierte man die Unterstützung der Bundesrepublik mit einer loyalen Haltung gegenüber der bundesrepublikanischen Position zum zweiten deutschen Staat. Die Abstimmung der ostpolitischen Initiativen der sozialliberalen Regierung in Bonn mit den Regierungen Wilson und Heath in London funktionierten gut.⁸⁵ Bei aller Skepsis des Außenministeriums gegenüber der bundesrepublikanischen Ostpolitik ließ es die offizielle Politik nicht an Unterstützung des westdeutschen Verbündeten mangeln.⁸⁶

Bei einem solchen *quid pro quo* war es misslich, dass die Berichte der DDR-Medien über positive Bemerkungen von Parlamentsabgeordneten, von denen so manche die internationale Anerkennung der DDR unterstützten, zu massiver Verunsicherung aufmerksamer Beobachter aus der Bundesrepublik führten. Da es sich weitgehend um Labour-Abgeordnete handelte, beschwerte sich besonders die westdeutsche SPD bei der Parteiführung in London. Diese sah sich allerdings außerstande, ihren Abgeordneten einen Maulkorb anzulegen und begnügte sich damit, ihnen zu raten, sich erst einmal bei den westdeutschen Genossen zu informieren, bevor sie in die DDR reisten.⁸⁷ Zum einen verfügte die Parteiführung gar nicht über die konstitutionellen Mittel, ihre Abgeordneten von Informationsreisen in die kommunistischen Länder Osteuropas abzuhalten. Zum anderen aber sah die Parteiführung auch keine Notwendigkeit, Gespräche über den Eisernen Vor-

82 Informationsmaterial für das Gespräch mit der Delegation der Bergarbeiter-Parlamentsgruppe im britischen Unterhaus. Abteilung Westeuropa Sektion Grossbritannien, 30.8.1966, in: SAPMO-BArch, DA/1 12206.

83 Hoff, S. 296 f.

84 Zur Krise von 1963 vgl. *Oliver Bange*, *The EEC Crisis of 1963*. Kennedy, Macmillan, de Gaulle and Adenauer in Conflict, London 2000.

85 *Detlef Nakath*, *Die deutsch-deutschen Vertragsverhandlungen und die Abstimmung Bonns mit der britischen Regierung (1969 bis 1974)*, in: *Berger/Laporte* (Hrsg.), »Other Germany«.

86 *Bange*, *Ostpolitik*, S. 11 f.; *Niedhart/Bange*, S. 31 f.

87 Brief Neumann an Gaitskell, in: *Vorwärts*, 25. Mai 1957; Brief Gaitskell an Neumann, in: *Vorwärts*, 19. Juli 1957; Brief Kurt Mattick an Gaitskell, 15. Juni 1960, in: *Labour Party Archive*, Manchester, LP/ID, LPA.

hang hinweg zu begrenzen. Im Gegenteil förderten solche Kontakte doch das seit Mitte der 1950er-Jahre von allen politischen Kräften Großbritanniens verfolgte Ziel, den Kalten Krieg nicht in einen heißen zu verwandeln. Die Nichtanerkennung der DDR stellte einen erheblichen Stolperstein auf dem Weg zu neuen ostpolitischen Initiativen dar, und so war die Labour-Führung zwar bereit, in Übereinstimmung mit ihren westdeutschen Genossen keine offizielle Anerkennung der DDR zu verfolgen, aber de facto behandelte sie die DDR doch zunehmend wie jeden anderen kommunistischen Staat Osteuropas.

Dabei waren die Beziehungen der Labour Party zur Sowjetunion gerade Mitte der 1950er-Jahre nicht ganz ungetrübt. Am Rande eines Staatsbesuchs Chruschtschows in London 1956 kam es zu einem Zusammenstoß, der in den britischen Zeitungen erheblichen Widerhall fand. Auf einem zu Ehren der sowjetischen Gäste stattfindenden Abendessen der Labour-Fraktion kam es über einer langen, improvisierten Rede Chruschtschows zum Eklat. Besonders George Brown (MP für Belper, 1945–70), aber auch Nye Bevan, unterbrachen Chruschtschow mehrfach, als dieser eine äußerst umstrittene Interpretation der Rolle der Sowjetunion und der westlichen Alliierten im Zweiten Weltkrieg lieferte. Gaitskell erwiderte auf die Rede Chruschtschows, indem er die grundlegend andere Position der Labour Party betonte. Zugleich überreichte er der sowjetischen Delegation eine Liste mit 150 politischen Gefangenen in Osteuropa und forderte ihre Freilassung. Die sowjetische Delegation weigerte sich, diese Liste entgegenzunehmen, und es kam zu einer hitzigen Auseinandersetzung.⁸⁸ *Tribune* rechtfertigte das Verhalten der Labour-Führung: »If further steps are taken to set free both Social Democrats and others still in gaol an immense step forward will be taken in the effort to end the cold war.«⁸⁹

Auf einer Sitzung des Parteivorstandes am 25. April 1956 standen sich diejenigen gegenüber, die, wie Emanuel Shinwell, Tom Driberg und Shirley Summerskill (MP für Halifax, 1964–83), auf eine versöhnliche Haltung gegenüber der Sowjetunion drängten, und diejenigen, die, wie James Griffiths (MP für Llanelli 1936–1970), betonten, dass die Haltung Chruschtschows nur noch einmal belege, dass jedwede Idealisierung der Sowjetunion, wie sie, seiner Meinung nach, gerade unter Labour-Mitgliedern nach wie vor verbreitet sei, völlig fehl am Platze war.⁹⁰ Aber auch Gaitskell, der vor dem Parteivorstand das eigene Verhalten unter Verweis auf die zahlreich erhaltenen Bitten von osteuropäischen Exilparteien, darunter zahlreiche Schwesterparteien der Labour Party in der Sozialistischen Internationale, rechtfertigte, war die Sache offensichtlich etwas peinlich, denn er suchte die sowjetische Delegation am nächsten Tag in ihrem Hotel auf und brachte seine und George Browns »regrets that the dinner had turned out badly.«⁹¹ Aber die sowjetische Führung ließ sich so leicht nicht beruhigen. Bereits wieder nach Moskau zurückgekehrt, betonte der sowjetische Außenminister Bulganin, dass »the British Labour Party leadership [...] made use of meetings with him and Mr. Khrushchev to make anti-Soviet statements.«⁹²

88 Gaitskell fertigte im nachhinein ein verbatim-Protokoll des Redegefechts an. Vgl. Dinner to Mr Bulganin and Mr Khrushchev in the Harcourt Room, *House of Commons*, on Monday, 23. April 1956, in: Labour Party Archives, Manchester, LP/ID/USSR/17.

89 Khrushchev and Labour. The Facts, in: *Tribune*, 27. April 1956.

90 Dinner for Messrs. Khrushchev and Bulganin, 23 April 1956. Discussion at Meeting of National Executive Committee on 25 April 1956, in: Labour Party Archive, Manchester, LP/ID/USSR/19.

91 A Quiet Little Dinner with Khrushchev, in: *The Times*, 7. Mai 1956.

92 Bulganin: Our Visit was Successful, in: *Northern Despatch*, 30. April 1956. Vgl. auch: Mr. K. Offends Labour Leaders, in: *Manchester Guardian*, 25. April 1956; Labour Plans New Approach on Social Democrats. List of Prisoners for Soviet Leader, in: *Manchester Guardian*, 26. April 1956; Still Harping on that Dinner, in: *Manchester Guardian*, 4. Mai 1956; Russian Reply on Prisoners, in: *The Times*, 25. April 1956; Dissatisfaction Expressed at London Visit. More Criticisms of Labour Party, in: *The Times*, 1. Mai 1956; Plain Speaking, in: *The Glasgow Herald*, 2. Mai 1956.

Der Vorfall machte noch einmal schlagartig deutlich, in welcher Zwickmühle sich Labour-Abgeordnete befanden, die ihre grundsätzlichen Zweifel an den Methoden und Inhalten des sowjetischen Kommunismus mit dem Bemühen um Dialog und Entspannung verbanden.

Als Gaitskell, Bevan, Healey und David Ennals (MP für Dover 1964–70; Norwich 1974–83) 1959 auf Einladung der Inter-Parlamentarischen Union des Obersten Sowjets die Sowjetunion besuchten, spiegelten das gemeinsame Kommuniqué der sowjetischen und Labour-Führung vor allem dieses Bemühen um Entspannung:

»The participants at this meeting unanimously agreed that an improvement in Anglo-Soviet relations is in the interests of both countries and will contribute to strengthening universal peace and international security. The development of Anglo-Soviet trade, cultural exchanges and visits by organisations and tourists would play a great role in achieving this aim.«

Die Labour-Delegation versuchte erneut, den dünnen Grat zwischen Selbstbehauptung der eigenen Position und Gesprächsbereitschaft zu gehen. So begrüßten die Labour-Abgeordneten die Entstalinisierung in der Sowjetunion und lobten das Wohnungsbauprogramm der Sowjetunion ebenso wie die Bemühungen um eine Gleichstellung der Frau. Zugleich betonten sie aber auch im sowjetischen Fernsehen, dass das sowjetische Bild Großbritanniens nicht stimme. Großbritannien sei weder eine Kolonialmacht des 19. Jahrhunderts noch eine Industrienation, wie sie in den Romanen von Charles Dickens erscheint.⁹³

Ironischerweise stärkte der Bau der Mauer 1961 diejenigen Stimmen, die sich für weitergehende Entspannungsinitiativen einsetzten und dabei auch eine de facto Anerkennung der DDR befürworteten. Zwar wurde die Mauer von nahezu allen Seiten stark verurteilt. Nur eine verschwindend kleine Minderheit von prosowjetischen Abgeordneten schien den Argumenten für den Bau der Mauer etwas abgewinnen zu können. Für die Mehrheit bestätigte der Mauerbau noch einmal die ganze Unmenschlichkeit des SED Regimes. Aber die Mauer war auch ein deutliches Zeichen, dass die DDR nicht einfach wieder über Nacht von der Landkarte Europas verschwinden würde. Der Parteitag der Labour Party verabschiedete mit überwältigender Mehrheit eine Resolution, die den Bau der Mauer klar verurteilte, zugleich aber auch dazu aufrief, den Realitäten ins Auge zu sehen und über die Existenz eines zweiten deutschen Staates nachzudenken.⁹⁴ Bis auf ganz wenige Ausnahmen wollte niemand Westberlin aufgeben. Im Gegenteil engagierte sich eine Reihe von Abgeordneten, darunter auch Desmond Donnelly, für eine »Freedom in Berlin«-Kampagne, die noch einmal unterstrich, wie stark die britische Unterstützung für ein freies Westberlin nach wie vor war.⁹⁵ Aber zugleich wurden doch diejenigen Stimmen immer lauter, die sich um den Erhalt des Friedens in Europa sorgten und eine Deeskalierung des Kalten Krieges wünschten. Sie vertraten immer stärker die Ansicht, dass eine Anerkennung der DDR die Situation am Eisernen Vorhang entschärfen würde.

Nicht nur die Labour Party Konferenz befürwortete eine de facto Anerkennung der DDR im Jahre 1961. Auch die Liberal Party verabschiedete eine Resolution, die sich für Verhandlungen mit der Sowjetunion einsetzte, die auf ein quid pro quo hinausliefen: Garantien für ein freies Westberlin im Austausch für eine de facto Anerkennung der DDR.⁹⁶ Jo Grimond (MP für Orkney und Shetland 1950–83), der die Liberal Party zwischen 1956 und 1967 anführte, sah keine Alternative. Grimond hatte bereits Ende August 1961 in seinem Shetlander Wahlkreis einen Dreipunkteplan zur Beilegung der Krise in Berlin vorge-

93 Visit to Moscow and Warsaw 1959, in: Labour Party Archive, Manchester, LP/ID/USSR/21.

94 Labour Party Annual Conference Report, 1961, S. 163.

95 Freedom in Berlin, Copy in Donnelly papers, National Library of Wales, Aberystwyth, C4.

96 Motion for the de facto recognition of East Germany at the Edinburgh conference, 21 Sept. 1961, in: Liberal Party Archives, London School of Economics (LSE), file 16/76.

stellt, der ebenfalls die Anerkennung der DDR vorsah. Und der prospektive Parlamentskandidat der Liberal Party in Owestry gab 1961 zu Protokoll: »We may have to recognise East Germany in a hurry – but that, to me, seems the commonsense answer, for the choice is either that or war.«⁹⁷ Ein Jahr später gab der junge David Steel (MP für Tweeddale 1965–83; Etrick und Lauderdale 1983–97), Parteiführer der Liberalen zwischen 1976 and 1988, nach einem Besuch in Ostberlin seine Abneigung gegenüber dem real existierenden Sozialismus in der DDR zu Protokoll, setzte sich aber aus realpolitischen Gründen dennoch für eine Anerkennung des zweiten deutschen Staates ein: »The DDR is a fact and we must make politics with facts and not with ghosts.«⁹⁸ Grimond hatte schon vor dem Bau der Mauer im Parlament darauf hingewiesen, dass man auf Seiten der Regierung ausloten solle, welche Zugeständnisse die Sowjetunion zu machen bereit wäre, würde man auf britischer Seite eine Anerkennung der DDR erwägen.⁹⁹

In den 1960er-Jahren sollte Grimond zu einem der profiliertesten Befürworter eines Dialogs mit dem kommunistischen Osteuropa innerhalb der Liberal Party werden. In einer 1966 vom *Manchester Guardian* herausgegebenen Broschüre mit dem Titel »Eastern Europe Today« ging Grimond mit dem Kommunismus in Osteuropa erstaunlich milde um. Es ging ihm ausdrücklich darum, den Alltag der kommunistischen Diktaturen zu erkunden, und was er auf seinen Touren durch Osteuropa notierte, war durchaus nicht nur negativ. »A Victorian belief in improvement« sei das Hauptkennzeichen der kommunistischen Diktaturen, und: »the equality is impressive. The class system is gone.« Auch bewunderte er das Interesse der Massen für die Hochkultur, etwas, was er in westlichen Konsumgesellschaften deutlich vermisste:

»Certainly one must wish that life would grow gayer and easier and freer in the Communist world. But surely, to go through the traumatic experiences of the last 50 years only to succumb to Coca-Cola and chewing gum would be an end not wholly to be desired.«

Die Planwirtschaft, so Grimond, sei zwar keine wirtschaftliche Erfolgsstory, hätte aber zumindest Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit für die Arbeiter gebracht. Abschließend sprach er sich ausdrücklich für eine Politik der »positive coexistence« aus und gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass man sich im Westen keiner monolithischen Bedrohung durch den Kommunismus in Osteuropa mehr ausgesetzt sah. Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 war für Abgeordnete wie Grimond eine Enttäuschung. So schrieb er im August 1968:

»Communist government on the Russian model has proved to be a return to medieval autocracy complete with the inquisition and the torture chamber. Fear is the dominant emotion of the Russian rulers. They are afraid of light, life, freedom. They cling to their power in darkness and by terror.«

Dennoch war selbst zu diesem Zeitpunkt nicht ganz Osteuropa von der sowjetischen Sonnenfinsternis betroffen. Grimond lobte vor allem die unabhängige Position Rumäniens und befand, dass Ceaușescu »struck me as one of the best Marxists I met in Eastern Europe«. Und vor allem Jugoslawien wurde den Lesern des *Guardian* erneut als interessantes Experiment vorgehalten: »If we believe in democracy, we should be interested in the Yugoslav experiment.«¹⁰⁰

Grimond war bei seiner Suche nach positiven Anzeichen im kommunistischen Osteuropa durchaus nicht allein. Viele Parlamentarier, die sich mit Osteuropa beschäftigten, um

97 Grimond's 3-Point-Plan for Berlin, in: L. N., 31 August 1961, Liberal Party Archives, LSE, file 16/76.

98 David Steel, Report on Visit to Berlin 7–9 April 1962, in: Liberal Party Archives, LSE, file 16/76.

99 Grimond on the Berlin Crisis (1960), in: Liberal Party Archives, LSE, file 16/76.

100 Jo Grimond, The Right Response, in: *Guardian*, 26. August 1968.

den Kalten Krieg zu überwinden, endeten damit, positive Seiten an den kommunistischen Diktaturen zu entdecken. Gerade weil die DDR für die Entwicklung des Kalten Krieges von besonderer Bedeutung schien, gab es im britischen Unterhaus erhebliche Bemühungen um Kontakte mit dem zweiten deutschen Staat. Diese beschränkten sich nicht auf die immer kleiner werdende Gruppe von *fellow travellers*. Von besonderem Interesse ist hier die Position Richard Crossmans. Er entwickelte frühzeitig Vorstellungen, die denen der späteren sozialdemokratischen Ostpolitik ähnelten. Nachdem er nach erfolgter Westintegration der Bundesrepublik seine früheren Vorstellungen von einem neutralen wiedervereinigten Gesamtdeutschland hatte aufgeben müssen, verurteilte er bereits 1956 im außenpolitischen Ausschuss der Labour-Fraktion die Hallsteindoktrin als unsinniges Hindernis auf dem Weg zu Entspannung und Abrüstung.¹⁰¹ Crossman war als MP für Coventry auch seit 1958 eng an den Kontakten zwischen Coventry und Dresden beteiligt und reiste Ende der 1950er- und Anfang der 1960er-Jahre häufig in die DDR. In Gesprächen mit Albert Norden 1961 war Crossman bereits für die Anerkennung von zwei deutschen Staaten eingetreten. Den Bau der Mauer bezeichnete er öffentlich als Konsequenz der inflexiblen westdeutschen Haltung in der Anerkennungsfrage. Man müsse, so Crossman 1962 im *New Statesman*, die Westdeutschen notfalls dazu zwingen, die Realitäten anzuerkennen.¹⁰² Ein deutsch-deutscher Dialog, davon war Crossman zunehmend überzeugt, war notwendiger Bestandteil eines Ost-West Dialogs, der die einzige Möglichkeit zur friedlichen Überwindung des Kalten Krieges darstellte. Henning Hoff hat in diesem Zusammenhang von einer »Ostpolitik vor der Ostpolitik« gesprochen. Diese Ostpolitik Crossmans verband den Willen zum Dialog mit dem Ziel, die verstärkten Kontakte zur Unterminierung der Legitimität der kommunistischen Systeme zu nutzen. Crossman sprach von seinem Wunsch »to kill Communism with kindness«.¹⁰³ Crossmans Vorstellungen liegen damit sehr nah bei den Ideen, wie sie von Willy Brandt und Egon Bahr in den 1960er-Jahren vertreten wurden. Da sich, wie Bange und Niedhart zu Recht argumentieren, diese Ideen in einem transnationalen Kommunikationsnetz entwickelt haben, stellt sich die Frage, ob es hier einen Zusammenhang zwischen der Crossmanschen Ostpolitik und der von Brandt bzw. Bahr gegeben hat.

Für die überwiegende Mehrzahl der Parlamentarier, wie auch anderer westlicher Politiker war *détente* vor allem Stabilitätspolitik. Die bundesrepublikanische Ostpolitik dagegen inkorporierte auch einen Vergangenheits- und einen Zukunftsaspekt. Mit Blick auf die Vergangenheit wollte man eine Aussöhnung mit Osteuropa und mit Blick auf die Zukunft einen friedlichen Wandel der kommunistischen Systeme erreichen.¹⁰⁴ Letztere Perspektive wurde von Crossman geteilt. Er stellte damit allerdings unter britischen Abgeordneten eher eine Ausnahme dar. Die meisten seiner Kollegen konzentrierten sich auf ostpolitische Gegenwartsperspektiven, also die Reduzierung von Spannungen und Kriegsgefahr. Dabei waren so manche auf der politischen Linken, wie wir gesehen haben, auch von konvergenztheoretischen Überlegungen geleitet. Immerhin kritisierte man die kapitalistische Gesellschaftsordnung des Westens, und selbst wenn man die offensichtlichen Demokratiedefizite der kommunistischen Diktaturen mit Skepsis betrachtete, war man doch zunehmend bereit, auch positive Seiten am realexistierenden Sozialismus zu entdecken.

101 *Richard Crossman*, Some Notes on Labour's Foreign Policy, Feb. 1956, in: Crossman Nachlass, Modern Records Centre, University of Warwick, Mss. 154/3/POL/48–60.

102 *Richard Crossman*, Berlin. Edge of the Pit, in: *New Statesman*, 28. August 1962, S. 222.

103 *Hoff*, S. 349–51.

104 Diesen Unterschied zwischen bundesrepublikanischen und anderen westlichen ostpolitischen Ideen betonen *Niedhart/Bange*. Zu *détente* Vorstellungen insgesamt vgl. auch *John W. Young*, *Cold War and Détente 1941–1991*, London 1993.

V. DER DURCHBRUCH ZU EINER NEUEN OSTPOLITISCHEN VERSTÄNDIGUNG

Harold Wilson bekam bei seinem Besuch in Moskau 1964 zu hören, dass die Frage der Anerkennung der DDR den Fortschritt auf dem Weg der Entspannungspolitik aufhalte. Wilson entschied sich allerdings, auf diese Frage in seinen Antworten nicht direkt einzugehen. Er betonte, dass die Labour Party sich schon seit langem um nachhaltige Entspannungsmaßnahmen bemühte. Aus diesem Grunde würde sie jeden Revanchismus in der Bundesrepublik scharf kritisieren und hätte auch die Ausrüstung der Bundeswehr mit Nuklearwaffen abgelehnt. Hugh Gaitskells Bemühungen um die Annahme eines revidierten Rapacki-Planes wurden den sowjetischen Gastgebern als weiteres Zeichen angepriesen, dass die Labour Party an vertrauensbildenden Maßnahmen und einer ernsthaften Entspannung interessiert war.¹⁰⁵ Als Tony Benn (MP für Bristol South East 1950–60, 1963–83; Chesterfield 1984–2001) 1969 der Sowjetunion einen ministeriellen Besuch abstattete, um den Handel zwischen den beiden Ländern zu beleben, überbrachte er eine Botschaft von Harold Wilson, die noch einmal bekräftigte, dass die Labour-Regierung auch ein Jahr nach dem Prager Frühling an guten Beziehungen zur Sowjetunion interessiert war.¹⁰⁶

Angesichts des starken Interesses britischer Parlamentarier an einer Entspannungspolitik seit der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre überrascht es nicht, dass viele, gerade auf Seiten der Labour Party, die Ostpolitik der sozialliberalen Regierungen der Bundesrepublik nachhaltig unterstützten. Der Parteivorstand der Labour Party begrüßte die Initiativen Willy Brandts nachdrücklich.¹⁰⁷ Labour-Außenminister George Brown erklärte Brandt in seiner Autobiographie zu seinem europäischen Lieblingspolitiker: »Thanks to Willy's courage and imagination, Germany may yet bring about the beginnings of the genuine détente between East and West.«¹⁰⁸ Brandt selbst hatte bereits 1963 den Parteitag der Labour Party besucht und dort großen Erfolg gehabt.¹⁰⁹ 1970 informierte Brandt sein Gegenüber Wilson ausführlich über seine Kontakte mit der DDR in dem Bemühen, Wilson davon abzuhalten, den Schritten Bonns vorauszuweichen.¹¹⁰ Aber nicht nur Labour-Politiker unterstützten die bundesrepublikanische Ostpolitik. Auf einer der Königswinter Konferenzen Anfang der 1970er-Jahre war es ein konservativer Abgeordneter, der eine leidenschaftliche Verteidigung der sozialliberalen Ostpolitik vorbrachte.¹¹¹ An der Grundhaltung britischer Außenpolitik änderte der Regierungswechsel von Wilson zu Heath wenig. Die britischen Regierungen blieben denn auch bis zum Grundlagenvertrag ein loyaler Bündnispartner und taktvoll immer einen Schritt hinter der Politik der Bundesregierung. Dabei wuchs allerdings die Bereitschaft zur Anerkennung der DDR permanent. Es war ein wichtiges symbolisches Zeichen, dass sich *Hansard* 1968 dazu entschloss, die offizielle Bezeichnung DDR für die Dokumentation der britischen Parlamentsdebatten einzuführen.

105 Summary Report of Meeting Between Mr. Khrushchev and Mr. Harold Wilson and Mr. Patrick Gordon Walker on 2 June 1964, in: Labour Party Archives, Manchester, LP/ID/USSR/34.

106 *Tony Benn*, *Office Without Power. Diaries 1968–1972*, London 1988, S. 169.

107 *National Executive Committee der Labour Party*, *Developments in West German Relations with Eastern Europe*, 1970, in: Labour Party Archiv, Manchester, LP/ID Files on East Germany.

108 *George Brown*, *In My Way*, London 1971, S. 252 f.

109 Der Weg in eine moderne Gesellschaft. Parteitag der Labour Party in Scarborough, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 4. Oktober 1963.

110 Brief Brandts an Wilson vom 22. März 1970, AdsD, Willy Brandt Archiv Bonn, Bundeskanzler, Bundesregierung 52.

111 *Roger Morgan*, *The British View*, in: *Edwina Moreton* (Hrsg.), *Germany Between East and West*, Cambridge 1987, S. 90.

Das ostpolitische Engagement britischer Parlamentsabgeordneter stand in einer gewissen Spannung zu einer britischen Außenpolitik, die in mancher Hinsicht von den sich ausweitenden Ost-West Kontakten in den 1970er-Jahren relativ isoliert blieb. Zum einen trugen einige spektakuläre Spionageaffären und die sich daran anschließenden gegenseitigen Ausweisungen von Diplomaten dazu bei, dass das Verhältnis zur Sowjetunion spannungsreich blieb. Zum anderen war man allerdings auch gerade im britischen Außenministerium eher skeptisch gegenüber einer bundesrepublikanischen Ostpolitik. Man fürchtete, sie würde mit der Westbindung der Bundesrepublik nicht vereinbar sein. Eine Annäherung der Bundesrepublik und der Sowjetunion könne, so meinte man, nicht im Interesse Großbritanniens sein. Eine Wiedervereinigung als Endziel ostpolitischer Initiativen war weder in London noch in Paris sonderlich beliebt. Einem neuen Selbstbewusstsein in der bundesrepublikanischen Ostpolitik misstraute man ebenso wie der Sowjetunion, in deren Eingehen auf ostpolitische Initiativen Westdeutschlands man vor allem einen Versuch zu erkennen meinte, auf mittlere Sicht das gesamte Deutschland unter sowjetische Vorherrschaft zu bringen. Dass das eigentliche ostpolitische Interesse der Sowjetunion mehr mit ihren wachsenden wirtschaftlichen Problemen, ihrer Sorge, technologisch beim Rüstungswettbewerb in die Rückständigkeit zu geraten und ihren Spannungen mit der Volksrepublik China zu tun hatte, wurde in der britischen Politik zu wenig berücksichtigt.

So gerieten die britischen Außenpolitiker ins Hintertreffen, was Entspannungspolitik und ostpolitische Initiativen anbetraf. Hatten sich Churchill und Macmillan in den 1950er-Jahren noch als Vermittler zwischen den Lagern zu profilieren versucht, fiel diese Rolle in den 1960er-Jahren vor allem bundesrepublikanischen, amerikanischen und französischen Politikern zu. Erst Mitte der 1970er-Jahre begannen die britischen Diplomaten und die Beamten des Außenministeriums eine positivere Sicht auf die Ostpolitik und den Helsinki-Prozess zu entwickeln.¹¹² Für viele ostpolitisch interessierte Abgeordnete des Unterhauses wird man allerdings nicht von einer solchen Skepsis sprechen können. Im Gegenteil, unter ihnen befanden sich etliche Vorreiter und Befürworter der ostpolitischen Initiativen, wie sie dann seit den späten 1960er-Jahren von der Bundesrepublik umgesetzt wurden.

Bei ihnen konnte auch der nachhaltige Schock über die gewaltsame Beendigung des Prager Frühlings 1968 die Logik ihrer ostpolitischen Überzeugungen nur kurzfristig unterminieren. Crossman notierte resigniert in sein Tagebuch: die Russen »are exactly as bad as they ever were.«¹¹³ Zusammen mit Jenny Lee (MP für Cannock, 1945–70) und George Brown sprach Crossman auf einer von 10.000 Menschen besuchten Protestversammlung in Hyde Park.¹¹⁴ Das Unterhaus befand sich zum Zeitpunkt des Einmarsches in der Sommerpause, und die Regierung entschied sich zu einer Rückberufung des Parlaments.¹¹⁵ Tony Benn erinnerte sich vor allem an die Hilflosigkeit der Parlamentarier: »The Czech debate was, in a curious way, unsatisfactory. Universal condemnation by both sides didn't help much but that is all we could do.«¹¹⁶ Eine geplante britisch-sowjetische Ausstellung in Moskau sowie Konzerte des Chors der Roten Armee in England wurden abgesagt, und die Abgeordneten wurden von ihren Parteiführern angehalten, nicht in die Warschauer Pakt-Staaten zu reisen, die an der Niederschlagung des Prager Frühlings beteiligt waren.¹¹⁷ Aber der Protest erschöpfte sich letztendlich in symbolischen Gesten, akzeptierte man doch, dass weitergehende Schritte zur Unterstützung der CSSR sehr leicht

112 Zur ostpolitischen Skepsis der ostpolitischen Außenpolitik vgl. *Bange*, »Ostpolitik« sowie *Niedhart/Bange*. Dort auch weiterführende Literaturangaben.

113 *Richard Crossman*, *The Diaries of a Cabinet Minister*, Bd. 3, London 1975, S. 179.

114 Thousands in Hyde Park Pledge their Support, in: *The Times*, 26. August 1968.

115 Soviet Action Condemned by Both Houses, in: *The Times*, 27. August 1968.

116 *Benn*, *Office Without Power*, S. 98.

117 Moscow Exhibition Cancelled. MPs Visits Inappropriate, in: *The Times*, 27. August 1968.

einen Krieg in Europa provozieren konnten. Dazu war nunmehr fast niemand bereit. Der Freiheitsrhetorik des Westens fehlte letztendlich der realpolitische Biss. Nach der Doppelkrise von Berlin und Kuba suchten beide Supermächte nach einem Status quo, der die internationale Lage stabilisieren sollte. Somit bestätigte das Ende des Prager Frühlings nur noch einmal, dass unter der Breschnew-Doktrin die Freiheit osteuropäischer Staaten ihre Grenzen in den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion fand.

Linke Labour-Abgeordnete wie Stan Newens (MP für Epping 1964–70; Harlow 1974–83; MEP für Central London 1988 – 1999), Mikardo und Hugh Jenkins (MP für Putney 1964–79) verwiesen auf die angeblichen Parallelen zwischen dem Vorgehen der Sowjets in der CSSR und dem Krieg der USA in Vietnam und verurteilten beide Supermächte gleichermaßen.¹¹⁸ Renée Short schien in ihrem Beitrag beinahe den Westdeutschen die Schuld an der Niederschlagung des Prager Frühlings geben zu wollen:

»We understand the valid and reasonable fears of the Soviet Union for their own security, particularly after recent developments in West Germany. [...] We know the kind of maps which are being produced in West Germany since the end of the war showing the 1937 frontiers of Germany. [...] We know the rise of the NPD in West Germany. We know that the West German army is one of the most powerful in Western Europe. We know that there are many former Nazi Germans in posts of power and responsibility in the NATO forces. [...] All these are matters of concern not only to the Soviet Union«.

Aber selbst für Short war die gewaltsame Beendigung des reformkommunistischen Experiments in der CSSR eine bittere Erfahrung:

»this is an unbelievably painful occasion for many of us on both sides of the House who have for many years tried to make the East West détente a reality [...]. I love and very much admire the Soviet Union. [...] It is indeed a bitter blow to all our aspirations and to what we have tried to achieve over many years.«¹¹⁹

Short sprach sich allerdings ausdrücklich gegen einen Abbruch der Beziehungen mit den Warschauer Pakt Staaten aus. Obwohl die meisten ihrer Mitabgeordneten ihre »Liebe« zur Sowjetunion ebenso wenig teilten wie ihre paranoide Furcht vor der Bundesrepublik, stimmten doch viele mit ihr überein, dass die Entwicklungen in der CSSR weitergehende Schritte in der Entspannungspolitik auf mittlere Sicht nicht aufhalten sollten.

Der Labour-Premier Harold Wilson warnte im britischen Unterhaus ausdrücklich davor, Sanktionen gegen die Warschauer Pakt Staaten zu beschließen:

»[W]e all know that the only future for the world rests on continuing the work for détente between East and West, and everything that a lowering of tension can bring. [...] for an unforeseeable period ahead, this will be more difficult. For détente means trust, and the events of the past week have undermined the trust and the confidence that can develop only on the basis of that trust [...] [yet we should not] relapse into the frozen immobilism of the Cold War.«¹²⁰

Die Beamten des britischen Außenministeriums hatten der Wilson-Regierung durch den Sommer 1968 hindurch immer wieder zu verstehen gegeben, dass die Aussichten des tschechoslowakischen Reformkommunismus auf Durchsetzung minimal waren.¹²¹ Der Einmarsch der Warschauer Pakt Staaten kam von daher kaum überraschend. Wie Wilson so gab auch der konservative Parteiführer Edward Heath in der Unterhausdebatte seiner Enttäuschung über das Vorgehen der Sowjets Ausdruck, äußerte aber zugleich Zweifel an

118 MPs Call to Russians, in: *The Guardian*, 29. August 1968.

119 Hansard 1968/69, Bd. 769, Spalte 1309–13.

120 Hansard, 1968/69 Bd. 769, Spalte 1283; siehe auch: »Red Army Choir Ban. Move by Stewart«, in: *Daily Telegraph*, 27. August 1968.

121 *Jiri Hoppe*, *Britsky Pohled na »Prazske Jaro«*, in: *Soudobe Dejiny* 7, 2000, S. 338–356.

der Effektivität von Sanktionen.¹²² Auch der liberale Parteivorsitzende Jeremy Thorpe (MP für Devon North 1959–79) blies in dasselbe Horn: »I am certain that, while this country and the free world must maintain our defences, it would be disastrous if we were to revert to the posture of the Cold War.«¹²³ Benns Tagebücher enthalten denn auch kaum eine moralische Verdammung des Vorgehens der Sowjets, sondern, abgesehen von einem Lob der militärischen Präzision der Besetzung Prags, vor allem Enttäuschung, dass sich die Aussichten auf eine weitere Verbesserung der Handels- und anderer Kontakte mit den Staaten des Ostblocks auf absehbare Zeit verschlechtert hatten.¹²⁴

Angesichts der eher milden Reaktionen auf die Niederschlagung des Prager Frühlings kann es nicht verwundern, dass die parlamentarischen Kontakte mit Osteuropa schon bald wieder angekurbelt wurden. Die Frage einer Anerkennung der DDR wurde immer dringlicher. Als 1969 eine erste offizielle Volkskammerdelegation das britische Unterhaus besuchte, nutzte William Wilson die Gelegenheit, um eine von 78 Abgeordneten unterzeichnete Resolution zur Anerkennung der DDR im Parlament einzubringen. 67 von ihnen gehörten der Labour-Fraktion an. 1959, als zum ersten Mal ein solcher Antrag, ebenfalls ohne Unterstützung der Fraktionsführung, ins Unterhaus eingebracht wurde, hatten nur 40 Abgeordnete dafür gestimmt. Immer mehr Abgeordnete waren der Meinung, dass die sich wandelnde internationale Situation eine Anerkennung der DDR notwendig machte. So betonte etwa das Mitglied des Parteivorstandes der Liberalen Partei, Eric Burden (MP für Orpington 1962–70), nach einem Besuch des IX. Parteikongresses der LDPD 1963, dass er durchaus eine Anerkennung der DDR begrüßen würde, sah er darin doch einen Beitrag zur Entspannungspolitik. Allerdings bestätigte er zugleich, dass die LDPD nichts anderes sei als ein Anhängsel der SED-Herrschaft. Sie hatte, so Burden, nichts mit liberalen Parteien in demokratischen politischen Systemen gemein.¹²⁵ Auf einer DDR-Reise im Jahre 1970 äußerte David Steel ebenfalls offen Kritik an dem Mangel an demokratischen Strukturen in der DDR, was ihn gleichfalls nicht davon abhielt, für eine Anerkennung des zweiten deutschen Staates zu plädieren.¹²⁶ Vertreter ganz unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppierungen fanden sich schließlich 1970 im British Committee for the Recognition of the GDR zusammen. Parlamentsabgeordnete waren hier gut vertreten: William Wilson, Frank Allaun (MP für East Salford 1953–83) und Dick Crossman waren allesamt prominente Mitglieder des Komitees.

Unmittelbar nach der Anerkennung der DDR durch Großbritannien 1973 ließ Crossman in einer Debatte mit dem Journalisten Bernard Levin in der *Times* noch einmal alle Argumente Revue passieren, die für eine solche Anerkennung sprachen. Levin hatte argumentiert, dass die Anerkennung der DDR einen Verstoß gegen einen der fundamentalen Grundsätze des internationalen Rechts darstellte. Man könne nämlich nicht ein abhängiges Land anerkennen, und die DDR war nun einmal in seiner Existenz vollkommen von der Sowjetunion abhängig. Crossman entgegnete, dass es sich bei dem Staat der DDR zwar um einen politisch autoritären Staat, aber durchaus auch um eine wirtschaftliche und soziale Erfolgsstory handelte. Zudem würden durch die Anerkennung neue Möglichkeiten für den bilateralen Handel zwischen Großbritannien und der DDR eröffnet. Vor

122 Hansard, 1968/69, Bd. 769, Spalte 1288.

123 Hansard, 1968/69, Bd. 769, Spalte 1300.

124 *Benn*, Office Without Power, S. 97–102.

125 Bericht über Reisen und Gespräche mit Herrn Donald Fletcher Burden anlässlich seines Aufenthalts in der DDR vom 14.2.–22.2.1963, in: PP AA, MfAA 13902.

126 Aktenvermerk über die Betreuung des David M Steel (MP) aus Großbritannien vom 21.–24.10.1970, in: PP AA, MfAA 180/73; *David Steele*, The Marxist Millionaires [Zeitungsausschnitt, *The Guardian*: ohne Datum: 1970], ebd.

allem aber sei die Anerkennung nötig gewesen, da die fortbestehende Teilung Deutschlands ein Grundpfeiler einer stabilen internationalen Ordnung in Europa geworden sei.¹²⁷

Diese internationale Ordnung schien in der Tat vielen politischen Beobachtern durch die Ostpolitik entspannter und entkrampfter als zuvor. Die 1970er-Jahre waren in vielerlei Hinsicht die Blütezeit der von britischen Parlamentariern schon seit der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre geforderten ostpolitischen Annäherung. Crossmans Strategie der Systemüberwindung und Unterminierung des Kommunismus geriet dabei zunehmend auf ein Abstellgleis. Die meisten Abgeordneten ließen sich auf eine Auseinandersetzung mit dem ideologischen Gegner ein, die dessen (auch dauerhafte) Existenz nicht mehr in Frage stellte. Die Zeichen standen auf friedlicher Koexistenz. Was die DDR anbetraf, so bemühte sie sich nach ihrer internationalen Anerkennung um eine feste und dauerhafte Verankerung im internationalen Staatensystem. Dabei waren gerade auch britische Parlamentarier behilflich, von denen viele die DDR ja schon aus der Zeit vor 1973 gut kannten. So entwickelten sich die Kontakte zwischen der DDR-Volkskammer und dem britischen Unterhaus durchaus positiv. Die DDR-Volkskammer konnte nun endlich der Internationalen Parlamentarischen Union (IPU) beitreten¹²⁸, ein Ziel, das sie seit den 1960er-Jahren mit wenig Erfolg, aber umso zielstrebigter verfolgt hatte. Innerhalb der IPU bemühten sich Parlamentsvertreter der DDR darum, ihren Staat als einen progressiven Friedensstaat darzustellen, der besonders in der sogenannten Dritten Welt antiimperialistische Befreiungsbewegungen tatkräftig unterstützte. Was die Beziehungen zu Großbritannien anbetraf, so kam es 1976 zu einem Austausch von parlamentarischen Delegationen, die jeweils von George Thomas (MP für Cardiff Central 1945–83), speaker im Unterhaus, und Gerald Götting, Präsident der Volkskammer, geleitet wurden.¹²⁹ Beide Seiten betonten die friedliche Koexistenz und die britischen Unterhausvertreter erkannten die Leistungen der DDR, besonders auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, uneingeschränkt an. Auch der Antifaschismus der DDR wurde positiv vermerkt. Weitere Volkskammerdelegationen besuchten Großbritannien auf Einladung der britischen Sektion der IPU 1978, 1981 und 1982.¹³⁰ Hatte sich die ostpolitische Brisanz der Deutschlandproblematik nach 1973 weitgehend erledigt, so blieb das Interesse an der DDR auch danach relativ hoch, wobei ihre Wahrnehmung als wirtschaftlich relativ erfolgreicher Staat eine wichtige Rolle spielte.

In den 1970er-Jahren kann man von einer gewissen Routinisierung der parlamentarischen Kontakte nach Osteuropa sprechen, ohne dass es dabei zu einer wirklichen Annäherung der Standpunkte gekommen wäre.¹³¹ Man legte auf beiden Seiten Wert auf Dialog, bestand aber ebenfalls auf der Unterschiedlichkeit der politischen Standpunkte. Die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten, die in die kommunistischen Staaten Osteuropas reisten, verurteilten deren politische Systeme nachdrücklich. So kam es zwar fast jedes Jahr unter dem Dach der IPU zu Reisen britischer Parlamentarier nach Osteuropa, wo sie Gespräche mit Parlamentariern kommunistischer Staaten führten, Industriebetriebe und landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften ebenso besichtigten wie eher touristi-

127 Golz, *Verordnete Völkerfreundschaft*, S. 111.

128 Die IPU war 1889 von pazifistischen Abgeordneten diverser europäischer Parlamente gegründet worden und bestand 1977 aus 74 nationalen Gruppen, die vor allem UN-orientierte Arbeit betrieben. Zur IPU vgl. vor allem *Victor-Yves Ghebali, The Conferences of the Inter-Parliamentary Union on European Co-operation and Security, 1973–1991. The Contribution of Parliamentary Diplomacy to East-West Détente*, Aldershot 1993.

129 Bericht über den Besuch des Präsidenten der Volkskammer, Gerald Götting, vom 27.6 bis 3.7.1976 in Großbritannien, in: SAPMO-BArch, DA/1 12776.

130 Bericht über den Besuch einer Delegation der Volkskammer im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland vom 6. bis 11. Dezember 1982, in: SAPMO-BArch, DA/1 15645.

131 Interview *Norman LaPorte* mit Peter Temple Morris, 5. Nov. 2003.

sche Attraktionen.¹³² Auch kam es zu regelmäßigen Besuchen kommunistischer parlamentarischer Delegationen nach Westminster, wobei die Besucher in Großbritannien ein ähnliches Programm absolvierten wie ihre britischen Kollegen in Osteuropa. Die seit 1973 regelmäßig stattfindenden Konferenzen der IPU zu Fragen europäischer Kooperation und Sicherheit institutionalisierten die Kontakte auf demjenigen Gebiet, das für die weitere Überwindung der Spannungen zwischen den Blöcken am wichtigsten schien. In der Tat waren diese parlamentarischen Treffen oft in der Lage, den parallel stattfindenden Treffen der Regierungen wichtige Impulse zu geben. Ihre Vorschläge zu weitergehenden Entspannungsmaßnahmen waren oftmals radikaler, grundlegender und mutiger als diejenigen der jeweiligen Regierungen.¹³³

Auf der prosovjatischen Linken der Labour Party hielt sich ein ideologisch motiviertes Interesse an der DDR als einem sozialistischen Staat. Ernie Ross (MP für Dundee West seit 1979) zum Beispiel verteidigte die DDR mit Verweis darauf, dass der sozialistische Staat, anders als das kapitalistische Großbritannien, jedem Bürger die Möglichkeit zu Studium und Arbeit böte. In seinem Wahlkreis dagegen hätten 20 Prozent der Bevölkerung nur die »Freiheit«, sich arbeitslos zu melden. Die DDR garantiere jedem Werktätigen einen jährlichen Urlaub, während viele Arbeiterfamilien in Großbritannien sich einen solchen Luxus nicht leisten konnten. Der brutale Einsatz der Polizei während des Bergarbeiterstreiks 1984/5 war für Ross ein Beispiel für den repressiven Charakter des kapitalistischen britischen Staats. Mit der Freiheit, so Ross, sei es in Großbritannien zumindest für die Arbeiter nicht weit her.¹³⁴ Abgeordnete wie Ross, Alex Kitson (Acting General Secretary of the Transport and General Workers Union 1980–81, NEC member 1978–83), Ron Brown (MP für Leith 1979–92) und James Lamond sahen in den kommunistischen Staaten Osteuropas Verbündete im Kampf gegen den weltweiten Kapitalismus. Zugleich glaubten sie, dass die Sowjetunion und ihre Verbündeten eine friedliche Politik betrieben und sich zu Recht von den westlich-kapitalistischen Staaten bedroht fühlten. Sie sprachen sich deshalb auch ausdrücklich für einseitige Abrüstungsmaßnahmen aus. Bewegt von friedenspolitischen Fragen, übernahm Lamond 1978 sogar den Vorsitz der Britain – GDR Friendship Society.¹³⁵

Eine sich zunehmend nach links orientierende Labour Party unterhielt in den 1970er-Jahren erstaunlich gute Beziehungen zur SED, die seit 1976 regelmäßig Gastdelegierte auf den Parteitag der britischen Arbeiterpartei entsandte. Der Bericht des Delegierten aus dem Jahre 1979 betonte ausdrücklich die starken Sympathien führender Labour-Politiker für die DDR.¹³⁶ Diese Sympathien waren seit 1973, als die Labour Party die innerparteiliche Verfolgung prokommunistischer und anderer ultralinken Gruppierungen fallen ließ, deutlich angestiegen, kam es doch seitdem zum Eintritt und wachsenden Einfluss prosovjatischer Gruppierungen.

132 Nach Angaben des Archivars im Parliamentary Archive (Westminster, London) sind die jährlichen Berichte zu britischen IPU-Aktivitäten vor 1964 »verschollen«; die Berichte für den Zeitraum 1964 bis 1990 belegen zwar insgesamt eine rege Reisetätigkeit, aber im Einzelfall konnte es Jahre dauern, bis sich parlamentarische Delegationen in dasselbe osteuropäische Land verirrtten. So gab es z. B. zwischen 1964 und 1976 keine parlamentarischen Delegationen nach Polen und die British-Polish Parliamentary Group schien in diesem Zeitraum relativ inaktiv.

133 *Ghebali*, S. 69 f.

134 Arbeits-Konzeption mit Labour Action for Peace [ohne Datum: 1987], in: Landesarchiv Berlin [LAB], C Rep 122 Nr. 246.

135 Gespräch mit Mr Lamond, Präsident der Freundschaftsgesellschaft Großbritannien-DDR am 18.8.1978, in: SAPMO-BArch, DY 13/3298.

136 Information für das Politbüro, Betrifft: (I) Bericht über die 1979 Jahreskonferenz der Labour Party, 10.10.1979, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/20/159.

Nicht alle linken Labour-Abgeordneten gehörten notwendigerweise zu den Sympathisanten des osteuropäischen Kommunismus. Trotzistische Gruppierungen, die unter dem Label »Militant Tendency« in der Labour Party der 1970er- und frühen 1980er-Jahre floierten, standen dem real existierenden Sozialismus Osteuropas sehr distanziert gegenüber. Eric Heffer (MP für Liverpool Walton, 1964–91) unterstützte die im März 1978 gegründete Gruppierung »Eastern Europe Solidarity Campaign«, die ihre Mitglieder ausschließlich aus der Arbeiterbewegung rekrutierte. Sie setzte sich zum Ziel »to eradicate a long-standing weakness of the British labour movement – its failure to campaign openly against oppression in Eastern Europe and the Soviet Union.«¹³⁷ Zu ihrem Gründungsdokument schrieb Heffer ein Vorwort, in dem er keinen Zweifel ließ an seiner Gegnerschaft zum Staatssozialismus osteuropäischer Prägung:

»It is impossible to create a socialist society without freedom. Socialism and freedom are indivisible. Socialism means the flowering of the human spirit, not its destruction. Yet in parts of the world, and in particular in the Soviet Union and the East-European Communist-controlled countries, oppressive measures and administrative actions are taken against critics, in the name of socialism. Such oppressive measures have to be opposed, especially by socialists.«

Dies sei umso notwendiger, so Heffer, als es innerhalb der britischen Arbeiterbewegung unter einer kleinen Gruppe nach wie vor Illusionen über den Charakter der Sowjetunion gab.¹³⁸

Die Zeitschrift *Labour Focus on Eastern Europe* berichtete bereits ab 1977 zweimonatlich über die Entwicklungen in Osteuropa, wobei sie sich besonders darum bemühte, die Aktivitäten oppositioneller Kreise einem westeuropäischen Publikum näher zu bringen, und die Unterdrückungsmechanismen der kommunistischen Diktaturen bloßzustellen. Die kommunistischen Parteien Osteuropas waren selbstredend an einem Dialog mit solchen Gruppierungen ebenso wenig interessiert wie an einem Dialog mit den eigenen Dissidenten. Heffer war persona non grata in Osteuropa. Doch waren im Parlament trotzistische Abgeordnete eine ebensolche Minderheit wie konservative Kommunistenfresser. Die breite Mehrheit hatte sich in den 1970er-Jahren auf einen Dialog mit Osteuropa eingelassen, der darauf abzielte, Spannungen zwischen den Blöcken zu verringern. Eine kleine Gruppe prosowjetischer Abgeordneter unterstützte die kommunistischen Regimes in ihren Bemühungen, im Westen Sympathien für die Sowjetunion und ihre Verbündeten zu gewinnen. Dies galt als umso notwendiger, als sich die Beziehungen zwischen den Supermächten bereits in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre wieder zu verschlechtern begannen.

VI. PARLAMENTARISCHE KONTAKTE NACH OSTEUROPA UNTER DEN BEDINGUNGEN DES »ZWEITEN KALTEN KRIEGES«

Unter den Präsidenten Gerald Ford und Jimmy Carter waren es vor allem eine Reihe von Konflikten in der sogenannten Dritten Welt, die zu einer Verschlechterung der Beziehungen mit der Sowjetunion beitrugen – zu einem Zeitpunkt, als in Europa der Entspannungsprozess nach wie vor anhielt. Auf den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan 1979 reagierten die USA mit einem Handelsembargo und einem Boykott der olympischen Sommerspiele in Moskau 1980. Mit dem Wahlsieg Ronald Reagans im November 1980 verschärften sich die Spannungen noch einmal erheblich. Reagan liebte es, von der kommunistischen Sowjetunion als »evil empire« zu sprechen, entwickelte mit der Strategic

¹³⁷ *Eastern Europe Solidarity Campaign, The British Labour Movement and Oppression in Eastern Europe*. Vorwort von Eric Heffer MP, London 1978, S. 4.

¹³⁸ Ebd. S. 1.

Defence Initiative (SDI) ein Waffenprogramm, das die Zerstörung sowjetischer Interkontinentalraketen zum Ziel hatte und förderte den Antikommunismus unter der sogenannten Reagandoktrin von Nicaragua bis Polen. Politische Kommentatoren sprachen bald von einem »zweiten Kalten Krieg«, der zu einer schärferen Konfrontation der Blöcke führte.

Reagans wichtigste Verbündete in der westlichen Welt war die britische Premierministerin Margaret Thatcher (MP für Finchley 1955–92), die ihm in ihrem Antikommunismus nicht nachstand. Viele britische Parlamentarier teilten ihre Einschätzung der Sowjetunion allerdings mitnichten. So wurde zwar der militärische Eingriff der Sowjetunion in Afghanistan auch im außenpolitischen Ausschuss des britischen Unterhauses scharf verurteilt, aber die Analyse der Abgeordneten wich doch in wesentlichen Punkten von den Annahmen der amerikanischen Regierungspolitik ab. Sahen die Amerikaner in dem Vorgehen der Sowjets in Afghanistan den Versuch, die ölfreiche Region des Persischen Golfes zu dominieren, betonten die britischen Abgeordneten den defensiven Charakter des sowjetischen Einmarsches. Die im außenpolitischen Ausschuss angehörten Experten verwiesen auf die innenpolitische Schwäche der Sowjetunion, die durch eine schlecht durchdachte und mit hohen Risiken versehene Militäraktion in Afghanistan nur noch in weitere Legitimationszwänge hineingeriete. Die Invasion war mitnichten ein Versuch, den Kommunismus in andere Länder zu exportieren, und es war auch kein machtpolitischer Vorstoß, um die Versorgung des Westens mit Öl aus dem Mittleren Osten zu bedrohen. Die Sowjets wollten mit dem Einmarsch die Ausbreitung des islamischen Fundamentalismus in ihre eigenen zentralasiatischen Sowjetrepubliken verhindern. Dabei verwiesen die Experten auch darauf, dass das westliche Nichteingehen auf Abrüstungsinitiativen der Sowjetunion in Moskau den Eindruck hinterlassen hatte, man müsse auf den Westen keine Rücksicht nehmen, da dort ohnehin mit Reagan und Thatcher die Kalten Krieger wieder die Oberhand gewonnen hatten. Auf der Grundlage einer solchen Analyse zog das Parlament die Schlussfolgerung, keine massiven militärischen oder sonstigen Maßnahmen als Antwort auf das sowjetische Handeln zu initiieren. Wie 1968 in der CSSR verurteilt man den Einmarsch der Sowjets in Afghanistan, zog aber durchaus nicht notwendigerweise die Konsequenz, die Entspannungspolitik in Europa zu begraben.¹³⁹ Auch der Parteivorstand der Labour Party verurteilte den Einmarsch in Afghanistan und schickte eine Delegation unter Tony Benn zur sowjetischen Botschaft, um ihrem Befremden Ausdruck zu geben. Im Schattenkabinett machte derselbe Benn allerdings deutlich, dass er im sowjetischen Einmarsch in Afghanistan keinen Beweis für die aggressiven Absichten der Sowjetunion sähe.¹⁴⁰

Die Errichtung einer Militärdiktatur in Polen 1981 war ebenfalls Gegenstand einer breiten Diskussion im außenpolitischen Ausschuss des Parlaments. Wie der Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten, Peter Blaker, dort deutlich machte, war es das Hauptziel der Regierung, eine Intervention der Sowjetunion in Polen zu vermeiden. Ein Einmarsch sowjetischer Truppen würde, so Blaker, die Entspannungspolitik in ihren Grundfesten erschüttern. Der Außenminister Lord Carrington argumentierte vor dem Ausschuss, dass er die harte Haltung der amerikanischen und britischen Regierungen im Afghanistankonflikt dafür verantwortlich mache, dass die Sowjets bislang noch nicht in Polen eingegriffen hatten.¹⁴¹ Im Parlament selber sprach keine geringere als die Premierministerin von

139 *House of Commons*, Fifth Report from the Foreign Affairs Select Committee, Session 1979–80: Afghanistan: the Soviet Invasion and its Consequences for British Policy, London, July 1980, Zitat ph. 17, S. IX.

140 *Tony Benn*, *Conflicts of Interest. Diaries 1977–1980*. Hrsg. von Ruth Winstone, London 1990.

141 *House of Commons*, Foreign Affairs Committee, Session 1981–82. Poland, Minutes of Evidence, 19. Jan. 1982, ph. 96, S. 21.

ihrer moralischen Entrüstung angesichts des Militärputsches in Polen: »We all deeply regret the action being taken to extinguish the flame of freedom that had started in Poland. And if the authorities think they can snuff it out, they are making an error of historic proportions.«¹⁴² Labour-Abgeordnete, wie der Oppositionsführer Michael Foot (MP für Plymouth 1945–55; Ebbw Vale 1960–83; Blaenau/Gwent 1983–92) und der Abgeordnete Robert Cryer (MP für Kneightley, 1974–83), warfen Thatcher vor, gewerkschaftliche Aktivitäten in Polen mit einer anderen Messlatte zu messen als gewerkschaftliche Rechte in ihrem eigenen Land.¹⁴³ Auch gab es auf der Linken sehr kritische Stimmen gegenüber Solidarnosz. Tony Benn notierte in seinem Tagebuch:

»I have had a lot of suspicions about Solidarity. Some of its leaders really believe in free market forces, the IMF, privatisation, international capital, a free market economy and industrial discipline. There is no question whatever that the Labour Party and the TUC, in supporting Solidarity, are actually supporting Polish Thatcherism.«¹⁴⁴

Im außenpolitischen Ausschuss fragte Frank Hooley (MP für Sheffield Heeley 1966–83), warum man nicht die Menschenrechtsverletzungen in Südafrika mit derselben Messlatte messe wie die in Polen.¹⁴⁵ Aber die Unterdrückung der Gewerkschaft Solidarnosz durch die Militärjunta bestärkte gerade auch viele Linke in ihrer Überzeugung, dass es sich bei den kommunistischen Staaten Osteuropas durchaus nicht um Vorbilder bei der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft handelte. Einer der ältesten Labour-Kritiker des osteuropäischen Kommunismus, Denis Healey, meinte im Parlament: »I think that we would all agree that it is a tragedy that the movement towards greater freedom and democracy in Poland over the last 12 months has been halted.«¹⁴⁶ Die Labour-Opposition stimmte der Regierung auch dahingehend zu, dass alles unternommen werden müsse, um eine direkte Intervention der Sowjetunion zu vermeiden.

Die Entscheidung der Reagan-Regierung, Sanktionen gegen die Sowjetunion und Polen zu verhängen, stieß bei den europäischen Verbündeten der USA nicht auf einheitliche Zustimmung. Auch im britischen Parlament gab es viele Stimmen, die eine solche Sanktionspolitik für kontraproduktiv hielten. Man war bereit, Jaruzelski als das kleinere Übel zu akzeptieren, das das größere, die sowjetische Intervention, verhindert hatte. Vielleicht würde der polnische General ja in der Tat das Land wieder in geregelte politische Bahnen lenken und den politischen Reformprozess fortführen. Die über Jahrzehnte gehegten Hoffnungen auf Entspannung und friedliche Koexistenz ließen sich auch durch die Unterdrückung der Solidarnosz in Polen nicht aus der Welt schaffen. Für die Rückkehr zu einem Kalten Kriegsszenario, wie es der Reaganadministration vor Augen stand, gab es im britischen Parlament wenig Unterstützung.

Die erneute Verschärfung der Konfliktlinien im Kalten Krieg und die immer weitergehende Hochrüstung beider Supermächte provozierte auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges die Entstehung von Friedensbewegungen. In Osteuropa wurden offizielle Friedensgruppen von den kommunistischen Regierungen sanktioniert und gesteuert. Unabhängige Gruppen dagegen wurden massiv unterdrückt. In Westeuropa entwickelte sich die Friedensbewegung in Opposition zu den gewählten Regierungen zu mächtigen Massenorganisationen, die erheblichen Einfluss auf die öffentliche Meinung erlangten. Sie

142 Polish people will not be crushed, says Thatcher, in: *The Times*, 23. Dez. 1981.

143 Shadow is cast over Christmas, in: *The Times*, 23. Dez. 1981.

144 *Tony Benn, The End of an Era. Diaries 1980–90.* Hrsg. von Ruth Winstone, London 1992, S. 461.

145 *House of Commons, Poland*, ph. 92, S. 20.

146 *Hansard*, 14. Dez. 1981, Bd. 15, Spalte 19.

unterhielten oftmals enge Beziehungen zu politischen Parteien auf der Linken.¹⁴⁷ In Großbritannien verfügte die Campaign for Nuclear Disarmament (CND) traditionell über gute Kontakte zur Labour Party. In der noch parteinäheren Labour Action for Peace (LAP) waren zahlreiche Abgeordnete sehr aktiv, darunter Frank Allaun und Ray Fletcher (MP für Ilkeston, 1964–83). Allaun kam noch aus der Tradition der Union for Democratic Control der Zwischenkriegszeit und brachte diese Ideale in die LAP und CND. Schon in den 1950er-Jahren hatte er klar Position bezogen gegen die Rollback Politik der US-amerikanischen Regierung. Allaun hatte die Sowjetunion bereits in den 1930er-Jahren besucht und blieb zeit seines Lebens davon überzeugt, dass die Kommunisten in Osteuropa dieselben Ideale hatten wie er. In den 1950er-Jahren führte er eine »bathrooms not bombs« Kampagne mit dem Ziel, die Wehrausgaben zu Gunsten der Sozialausgaben zu verringern. Wie viele linke Labour-Abgeordnete bestätigte der Vietnamkrieg Allaun in seinem Antiamerikanismus und bekräftigte noch seine prosowjetische Haltung.¹⁴⁸

Innerhalb der LAP nahmen viele diese frühen Initiativen Allauns in den 1980er-Jahren wieder auf. Unter dem Vorsitz von William McKelvey (MP für Kilmarnock und Loudoun, 1979–97) und seit 1987 Gavin Strang (MP für Edinburgh East seit 1970) propagierte die LAP besonders den Transfer von Militärausgaben zu Ausgaben für Arbeitsbeschaffungsprogramme und Sozialausgaben.¹⁴⁹ Viele Labour-Abgeordnete stützten die Ziele von CND und setzten sich nachhaltig für eine Fortsetzung der Entspannungspolitik ein. Unter der Dominanz der Parteilinken, die mit Foot seit 1980 auch erstmals den Parteiführer stellten, sprach sich die Labour Party für eine einseitige Abrüstung des Westens aus.

Viele britische Labour-Abgeordnete unterstützten Anfang der 1980er-Jahre die Forderung der Friedensbewegung nach Schaffung von atomwaffenfreien Zonen. Eine 1985 in die DDR reisende Unterhausdelegation von Labour-Abgeordneten betonte ausdrücklich die Bedeutung dieser Politik für Frieden und Abrüstung.¹⁵⁰ Einige Labour-regierte Städte in Großbritannien unterhielten Städtepartnerschaften mit osteuropäischen Städten. In den 1980er-Jahren erklärten sie sich gern zu atomwaffenfreien Zonen, um so ihrer Opposition gegen die von der konservativen Regierung gestützten Hochrüstung Ausdruck zu verleihen. Solche Partnerschaften kamen oftmals unter der aktiven Mitwirkung von Parlamentsabgeordneten zustande. So wurden etwa die Beziehungen zwischen Bautzen und Blaenau/Gwent von Michael Foot als Beitrag zur Erhaltung des Friedens begrüßt.¹⁵¹ Vertreter der DDR betonten in ihren Gesprächen mit britischen Parlamentsvertretern, eine »Koalition der Vernunft« könne den NATO-Nachrüstungsbeschluss unterminieren und die Kalten Krieger um Reagan and Thatcher zum Einlenken bringen. Hermann Axen notierte bei seinen Gesprächen in London 1981 das starke Interesse, besonders auf Seiten der Labour

147 Zur Geschichte der Friedensbewegung in Ost und West vgl. *Lawrence S. Wittners* Aufsatz in diesem Band sowie sein monumentales Werk, *The Struggle against the Bomb*. Bd. 1: *One World or None. A History of the World Nuclear Disarmament Movement through 1953*, Stanford 1993; Bd. 2: *Resisting the Bomb. A History of the World Nuclear Disarmament Movement 1954–1970*, Stanford 1997; Bd. 3: *Toward Nuclear Abolition. A History of the World Nuclear Disarmament Movement 1971 to the Present Day*, Stanford 2003.

148 Allauns Aktivitäten sind gut nachzuvollziehen anhand seines Nachlasses in der Working-Class Movement Library, Salford.

149 Arbeits-Konzeption mit Labour Action for Peace [ohne Datum: 1987], in: Landesarchiv Berlin [LAB], C Rep 122 Nr. 246.

150 Informationen für die Abgeordneten der Volkskammer. Hrsg. vom Sekretariat der DDR [ohne Datum: 1985], in: SAPMO-BArch, DA 1/15645.

151 Bericht über den Aufenthalt einer Delegation des Rates des Borough (Kreis) Blaenau Gwent/Wales in der DDR, 29.11–6.12.1986, in: SAPMO-BArch, DY13/3121.

Party und Michael Foots, an den Friedensvorschlägen der Sowjetunion.¹⁵² Als Sindermann 1982 erneut Großbritannien besuchte, da konstatierte er auch bei konservativen Parlamentariern Interesse an der Aufrechterhaltung eines Dialogs über den Eisernen Vorhang hinweg, auch wenn die Konservativen, so Sindermann, die Politik Reagans vollkommen teilten.¹⁵³

Die britische Regierung unterhielt auch durchaus Kontakte zur DDR auf ministerieller Ebene. So besuchte Außenminister Geoffrey Howe (MP für Bebington 1964–66; Reigate 1970–74; Surrey 1974–92) 1985 die DDR, hielt mit politischer Kritik nicht hinterm Berg, kam aber trotzdem mit dem Versprechen zurück, den lukrativen Auftrag zum Bau einer Rauchgasentschwefelungsanlage an eine britische Firma zu vergeben.¹⁵⁴ Im November 1986 besuchte der DDR-Außenminister Oskar Fischer Großbritannien. Im April 1988 weilte Sportminister Colin Moynihan (MP für Lewisham East 1983–92) in Ostberlin. Eine Einladung Erich Honeckers zu einem Staatsbesuch in Großbritannien erfolgte allerdings, im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Ländern, nie. Nach Einschätzung des außenpolitischen Ausschusses des Parlaments aus dem Jahre 1988 hatten sich die Beziehungen mit der DDR nach 1973 gut entwickelt, blieben allerdings begrenzt:

»There is a good flow of [...] Ministerial and official visitors in both directions, and regular political consultations between Foreign Ministries. Contacts outside the official sphere remain however limited [...] and the volume of trade between the two countries is small given their relative economic weight.«¹⁵⁵

Der außenpolitische Ausschuss des britischen Parlaments hatte im Gespräch mit dem stellvertretenden Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Kurt Nier, im November 1987 auch Interesse an regelmäßigen Kontakten mit einem allerdings erst noch zu gründenden außenpolitischen Ausschuss der DDR-Volkskammer bekundet.¹⁵⁶

Gerade weil die Beziehungen zwischen Großbritannien und der DDR insgesamt hinter dem zurückblieben, was sich Sympathisanten der DDR nach der Anerkennung 1973 versprochen hatten, und weil die DDR mit der eurokommunistischen Führung der Britain-GDR Society ihre ideologischen Probleme hatte, wurde im Juni 1986 das London-Berlin Committee gegründet. Der Londoner Labour-Abgeordnete Tony Banks (MP für Newham North 1983–97; Newham North West seit 1997) übernahm den Vorsitz. Er galt seit seinem ersten Besuch in der DDR 1970 als Freund des zweiten deutschen Staates, hatte er sich doch stark beeindruckt gezeigt von den »sozialistischen Errungenschaften« der DDR, besonders im Kultur-, Erziehungs- und Sozialwesen. Für Banks war die DDR ein positives Gegenbild zum Thatcheristischen Großbritannien mit seinen tiefen Einschnitten in die Sozialbudgets und den Beschneidungen der Rechte der Gewerkschaften. Als Kinnock 1987 Westberlin besuchte und an der DDR kein gutes Haar ließ, empfahl ihm Banks, doch die

152 Informationsmaterial über die Britische Labour Party. Stand: Januar 1986, in: SAPMO-BArch, DA/1 13060.

153 Bericht über den Besuch einer Delegation der Volkskammer im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland vom 6. bis 11. Dezember 1982, in: SAPMO-BArch, DA/1 15645.

154 *Brigit Malchow* (Hrsg.), *Der Letzte macht das Licht aus*, Berlin 1999, S. 68; siehe auch *Hans-Joachim Veen/Peter R. Weilmann* (Hrsg.), *Die Westpolitik der DDR. Beziehungen der DDR zu ausgewählten westlichen Industriestaaten in den 70er und 80er Jahren*, Melle 1989, S. 129–31.

155 *House of Commons*, Session 1988–89. Foreign Affairs Committee, Eastern Europe and the Soviet Union, Minutes of Evidence, Wednesday 23 November 1988, London 1988, S. 15.

156 Vermerk über ein Gespräch des Stellvertreters des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Kurt Nier, mit Vertretern des Außenpolitischen Ausschusses des britischen Unterhauses am 4.11.1987, in: SAPMO-BArch, DA/1 15086.

DDR erst einmal zu besuchen. Er schlug auch seinen Ostberliner Gesprächspartnern vor, eine Rechtfertigung des Mauerbaus auf Englisch zu verfassen, um der Öffentlichkeit in Großbritannien zu erklären, warum diese Maßnahme für den Erhalt des Friedens in Europa unbedingt notwendig war. Banks selbst sah eine der Hauptaufgaben des London-Berlin Committee darin, die, seiner Meinung nach, weit verbreitete falsche Berichterstattung über die DDR in den britischen Medien zu korrigieren.¹⁵⁷

Doch in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre war Banks Position bereits hoffnungslos minoritär, und heute will sich der ehemalige Sportminister der Regierung Blair an seine Sympathien für die DDR gar nicht mehr erinnern. Als die Labour Party unter ihrem neuen Vorsitzenden Neil Kinnock nach der verheerenden Wahlniederlage von 1983 sich zunehmend von ultralinken Positionen verabschiedete und sich auf die politische Mitte zubewegen begann, wurden die Kontakte nach Osteuropa zu einem Problem. Kinnock bemühte sich um Distanz zu seiner eigenen linken Vergangenheit und zu allem, was mit dem kommunistischen Osteuropa zu tun hatte. So erinnert sich der letzte Botschafter der kommunistischen DDR in London, dass es zwar auch in den 1980er-Jahren gute Kontakte zur Labour Party gegeben habe, aber die Parteiführung sei doch zunehmend auf Abstand bedacht gewesen.¹⁵⁸

Britische Parlamentarier stützten frühzeitig Michail Gorbatschow als den kommenden Mann der Sowjetunion. Die IPU unter Temple Morris lud ihn 1984 nach Großbritannien ein, noch bevor er den Posten des Generalsekretärs der KPdSU übernahm. Gorbatschows Beziehungen zu Thatcher entwickelten sich in der Folgezeit ausgesprochen gut, aber auch linke Labour-Abgeordnete, wie der mit Ilya Ehrenburg befreundete Mikardo, brachten dem sowjetischen Reformier viel Respekt entgegen. Mikardo sah seine eigene Rolle schon lange als die des Brückenbauers, der sich um eine weitergehende Verständigung zwischen Ost und West kümmerte. Gorbatschow schien ihm (und vielen anderen) die Möglichkeit eines konstruktiven Dialogs zwischen Ost und West zu ermöglichen.¹⁵⁹ Auf Seiten des britischen Parlaments begleitete man den nach 1985 von Gorbatschow angestoßenen Wandel in Osteuropa mit wacher Anteilnahme.¹⁶⁰ Besonders interessiert war man an Kontakten mit denjenigen parlamentarischen Vertretungen hinter dem Eisernen Vorhang, die Anzeichen machten, ihrem Namen als Volksvertretung gerecht zu werden. Hier wollte man auf britischer Seite darauf einwirken, den Parlamentariern Osteuropas mit Rat und Tat beiseite zu stehen, besonders was parlamentarische Organisation und Debattenkultur anbetraf: »We wish to help with fostering political and parliamentary skills.«¹⁶¹

Die britische Regierung bemühte sich zu diesem Zeitpunkt ebenfalls nach Kräften, den Reformprozess in Osteuropa unterstützend zu begleiten. So versprach man Polen und Ungarn, den Vorreitern des politischen Reformprozesses, ausgedehnte wirtschaftliche Hilfe. 1984 war Premierministerin Thatcher in Ungarn zu Gast und ein Jahr später kam es zu einem Gegenbesuch von Kadar in Großbritannien. Der Premierminister Grosz besuchte London 1988. Die politischen und kulturellen Kontakte Ungarns mit Großbritannien waren in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre ausgezeichnet.¹⁶² Der erste Besuch eines britischen Premierministers in der Volksrepublik Polen 1988 und die starken, vom

157 Information über den Aufenthalt der Delegation des Komitees London-Berlin (DDR) vom 12. bis 18. Oktober 1986, in: LAB, C Rep 122, Nr. 376.

158 *Malchow*, S. 95.

159 *Ian Mikardo*, Back-Bencher, London 1988, S. 147–49.

160 *House of Commons*, Minutes of Evidence Taken Before the Foreign Affairs Select Committee, 19 July 1989, London 1989, S. 6.

161 Ebd., S. 7.

162 *House of Commons*, Minutes of Evidence, 23. Nov. 1988, S. 16.

British Council getragenen kulturellen Kontakte mit Polen reflektierten ebenfalls die positive Entwicklung der Beziehungen in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre.¹⁶³

Die alle zwei Jahre abgeschlossenen UK/Soviet Agreements on Relations in the Cultural, Scientific and Educational Fields wurden auf britischer Seite ebenfalls vom British Council koordiniert. Daneben gab es auch zunehmend direkte Abkommen zwischen einzelnen Institutionen. Der außenpolitische Ausschuss unterstützte diese Initiativen. 1988 besuchten Mitglieder des House of Commons Foreign Policy Select Committee zwei Wochen lang die Sowjetunion und sechs weitere Warschauer Pakt Staaten, um zu sehen, welchen Effekt die Reformen in verschiedenen Ländern hatten.¹⁶⁴ Die Mitglieder der Delegation stellten fest, dass sie gegenüber ihrem letzten Besuch in der Sowjetunion im Jahre 1985 auf sehr viel offenere Ohren und Türen stießen: »the most striking change [...] was the desire to learn of Western methods – whether economic, managerial, or even political – and adapt them to Soviet needs.«¹⁶⁵

Eine zentrale Frage der Abgeordneten war die nach der Permanenz des angestoßenen Reformprozesses. Nach den vielen gescheiterten reformkommunistischen Versuchen in Osteuropa war dies eine verständliche Perspektive. Auch wenn man unter den Parlamentariern erneute Rückschritte nicht ausschloss, entschied man sich letztendlich doch dafür, dem Wandel in der Sowjetunion epochalen Charakter zuzusprechen:

»cumulatively there have been remarkable shifts in attitudes and approach by the Soviet Union which certainly justify us in concluding that interpreting the Cold War as it has been commonly understood for the last 40 years will require drastic revision, if not abandonment.«¹⁶⁶

Dabei stellten die Abgeordneten ausdrücklich fest, dass die DDR sich, neben der CSSR und Rumänien, in besonders starkem Maße gegen die Übernahme von Reformen wehrte.¹⁶⁷ Besonders der Wandel in der Perzeption Rumäniens wurde nachdrücklich unterstrichen:

»In the 1960s and 1970s President Ceaușescu was widely admired in the West as an authoritarian yet independent national leader, rare among Eastern European leaders for being prepared to defy Soviet policy. Today President Ceaușescu's policies have few friends in either the West or the East.«¹⁶⁸

Einer der vor den außenpolitischen Ausschuss geladenen Experten, der Chronist des Umbruchs in Osteuropa, Timothy Garton Ash, gab zu bedenken, dass die britische Haltung gegenüber der DDR eine der Unterstützung des bundesrepublikanischen Partners sein müsse.¹⁶⁹ Garton Ash unterstrich damit noch einmal, dass das britisch-ostdeutsche Verhältnis immer durch das Prisma der Bundesrepublik gesehen werden musste. Dies stellte die wohl wichtigste Konstante im Verhältnis der DDR zu Großbritannien dar und markierte zugleich den wichtigsten Unterschied zu den übrigen kommunistischen Staaten Osteuropas.

163 Ebd., S. 17.

164 *House of Commons*, Foreign Affairs Select Committee, First Report: Eastern Europe and the Soviet Unions, 21. März 1989, London, 1989. Bei den Staaten handelte es sich um Bulgarien, die CSSR, die DDR, Ungarn, Polen und Rumänien; vgl. auch: Bericht über ein Gespräch mit einer Delegation des außenpolitischen Ausschusses des britischen Unterhauses im IPW am 25.10.1988, in: SAPMO-BArch, DA/1 15860.

165 *House of Commons*, Eastern Europe, S. ix.

166 Ebd., S. XXVIII.

167 ADN-Information: Interne Dienstmeldung: Außenpolitischer Ausschuss des Unterhauses veröffentlicht Bericht über Osteuropa und die Sowjetunion, 13.4.1989, in: SAPMO-BArch, DA/1 15806; Vermerk über ein Gespräch mit dem Sekretär des Foreign Affairs Committee des Unterhauses, Mark Hutton. Botschaft der DDR in Großbritannien, Politische Abteilung, 10.11.1988, in: ebd.

168 *House of Commons*, Eastern Europe, S. XXV.

169 Ebd., S. XXI f.

Die relativ inflexible Haltung der DDR war auch in einer Serie von britisch-ostdeutschen Rundgesprächen Ende der 1980er-Jahre ein wichtiges Thema. Die vom British East Europe Centre unter Beteiligung einer Reihe von Parlamentsabgeordneten organisierten Treffen desillusionierten viele Freunde der DDR in Großbritannien.¹⁷⁰ Labour-Abgeordnete wie George Robertson (MP für Hamilton South 1979–1999) und Martin O'Neill (MP für Ochil seit 1979) begrüßten dabei ausdrücklich die Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen, wie sie in den Gesprächen zwischen SPD und SED ihren Niederschlag fanden. Sie gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, dass eine solche Bereitschaft zum Dialog dem vorsichtigen Reformprozess in der DDR wichtige Impulse geben könnte. Und in der Tat gibt es ja erhebliche Anzeichen, dass dieser Dialog zumindest unterhalb der Führungsebene der SED zu einem schleichenden Sozialdemokratismus in der kommunistischen Partei der DDR beigetragen hat.¹⁷¹

Der Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa zwischen 1989 und 1992 kam dann für viele Abgeordnete, wie für die meisten anderen politischen Beobachter auch, überraschend. Gegenüber dem außenpolitischen Ausschuss des Parlaments betonte der damalige Minister of State for Foreign and Commonwealth Affairs, William Waldegrave (MP für Herts North 1982–97), noch im November 1988 »that [...] there is not the slightest chance in the short term of the [Berlin] wall coming down [...]«¹⁷² Britische Parlamentarier beschäftigten sich durchaus mit der Frage, ob der Kommunismus in Osteuropa reformierbar sei. Aber auf die Implosion des sowjetischen Imperiums einschließlich der Sowjetunion war man nicht vorbereitet, und man verfolgte den Wandel mit großen Hoffnungen, aber auch gehörigen Ängsten. Besonders die deutsche Wiedervereinigung schürte alte Befürchtungen. Eine Volkskammerdelegation der ersten demokratisch gewählten Volkskammer bekam 1990 in London zu hören, dass das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen auch die Interessen der übrigen Mächte in Europa zu berücksichtigen hätte.¹⁷³ Anti-deutsche Ressentiments saßen gerade bei der Premierministerin Thatcher tief, wobei ihre Position selbst in der konservativen Partei nicht mehrheitsfähig war.¹⁷⁴ Die Überwindung der mehr als vierzigjährigen Teilung des Kontinents wurde von den meisten Abgeordneten enthusiastisch begrüßt. Garton Ash hatte bereits im Januar 1989 gegenüber dem außenpolitischen Ausschuss des Parlaments zu bedenken gegeben:

»if we are serious in our stated commitment [...] to overcome the division of Europe by peaceful means, then this logically must involve overcoming the division of Germany in some form [...]. I think that in principle, yes, it is in our long-term interest to help West Germany to work towards some form of reunification with the other state in Germany, not least because without that West Germany will always be a dissatisfied power.«¹⁷⁵

170 Bericht über den Arbeitsbesuch des Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Genossen Oskar Fischer, in Großbritannien am 18.11.1986, in: SAPMO-BArch DC 20/I/4/5945; Institute für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR. Bericht über das 3. Rundtischgespräch DDR-Großbritannien (2.5.1989 – 5.5.1989 in Berlin), in: SAPMO-BArch, DA/1 15806; Bericht über das zweite Rundtischgespräch DDR-Großbritannien (20 – 22.1.1988 in Wilton Park, Großbritannien). Institut für Politik der DDR, 20.1.1988, ebd.

171 *Manfred Uschner*, Die Ostpolitik der SPD, Berlin 1991.

172 *House of Commons*, Minutes of Evidence, 23 Nov. 1988, S. 42.

173 Information über den Besuch einer Delegation der Volkskammer in Großbritannien vom 10. bis 13.6.1990, in: SAPMO-BArch, DA/1 17013.

174 *Norbert Himmler*, Zwischen Macht und Mittelmaß. Großbritanniens Außenpolitik und das Ende des Kalten Krieges. Akteure, Interessen und Entscheidungsprozesse der britischen Regierung 1989/90, Berlin, 2001.

175 *House of Commons*, Minutes of Evidence Taken Before the Foreign Affairs Committee, 18. Jan. 1989, London 1989, S. 152.

In der Zeit des Kalten Krieges war die Teilung Deutschlands vielen Parlamentariern Garant für eine friedliche Koexistenz der verfeindeten Ideologien und ihrer Blocksysteme. Am Ende des Kalten Krieges schien den meisten die Wiedervereinigung Deutschlands die logische Konsequenz eines neu geeinten europäischen Kontinents.

VII. SCHLUSSBETRACHTUNG: DIE OSTPOLITIK BRITISCHER PARLAMENTARIER

Schon seit der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre bemühten sich britische Parlamentarier um eine Ostpolitik, die den Kalten Krieg entschärfen und zu Formen von friedlicher Koexistenz in Europa würde beitragen können. Insgesamt waren damit britische parlamentarische Kontakte nach Osteuropa relativ früh relativ weit verbreitet. Britische Parlamentarier können also als Vorreiter einer Entspannungspolitik gelten, wie sie sich auf Regierungsebene in den westlichen Staaten insgesamt erst in den 1960er-Jahren durchsetzen würde. Dabei war, wie wir gesehen haben, die Motivlage derjenigen Parlamentarier, die sich um Kontakte jenseits des Eisernen Vorhangs bemühten, durchaus unterschiedlich. Eine kleine Gruppe linker Labour-Abgeordneter wird man durchaus als *fellow travellers* einschätzen dürfen. Sie fungierten als Transmissionsriemen einer Selbstdarstellung der Staaten Osteuropas und Sprachrohr des »realexistierenden Sozialismus« in Großbritannien. Ihre Bemühungen um einen kulturellen Transfer der Werte und Ideale der osteuropäischen Kommunisten auf die britische Politik war allerdings nicht breitenwirksam. In der Öffentlichkeit blieb die Perzeption des Gegners im Kalten Krieg negativ, und pro-sowjetische Kräfte fungierten hier bestenfalls als Don Quijotes, die gegen die Windmühlen des westlichen Antikommunismus anritten.

Ihre Unterstützung für den osteuropäischen Kommunismus basierte auf einer sehr positiven Beurteilung des sowjetischen Staatssozialismus. Die Spaltung der Arbeiterbewegung nach 1917 in eine kommunistische und eine sozialdemokratische Fraktion galt ihnen als zu überwindender Kardinalfehler, der zu einem Gutteil für das historische Scheitern der Arbeiterbewegung in der Zwischenkriegszeit und nach 1945 verantwortlich zeichnete. Sie identifizierten sich zumindest in Teilen mit der Politik der regierenden kommunistischen Parteien und sahen in den »sozialistischen Errungenschaften« Osteuropas durchaus nachahmenswerte Vorbilder für die eigene Politik. Für eine ältere Generation von Abgeordneten, die noch in die Zeit des Zweiten Weltkrieges zurückreichte, war dabei durchaus auch das antifaschistische Bekenntnis und Engagement des osteuropäischen Kommunismus von Bedeutung. Für sie war die Sowjetunion immer noch der gemeinsame Bündnispartner, ohne den man Hitlerdeutschland nicht hätte besiegen können. Und schließlich glaubten einige der Sympathisanten durchaus ernsthaft den Beteuerungen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten, den imperialistischen Kriegstreibern im Westen eine wirkliche Friedenspolitik entgegenzusetzen. In einigen wenigen Fällen ließen sich Abgeordnete sogar zu einer Spionagetätigkeit für die kommunistischen Länder Osteuropas missbrauchen.

Aber insgesamt war die Mehrzahl selbst linker Labour-Abgeordneter doch nicht bereit, den osteuropäischen Kommunismus als Modell für die eigene Politik zu akzeptieren. Zu offensichtlich waren die Demokratiedefizite und zu brutal die Unterdrückungsmechanismen, die ein ums andere Mal reformkommunistische und regimekritische Stimmen zum Verstummen brachten. Einzelne Maßnahmen in Osteuropa konnten von Labour-Abgeordneten durchaus als progressiv eingestuft werden: die Sozialpolitik, die Gleichberechtigung von Frauen und die starke gewerkschaftliche Verankerung in den Betrieben wurden von westlichen Linken hier besonders häufig genannt. Erneut wird man feststellen dürfen, dass es den kommunistischen Staaten Osteuropas, allen voran der DDR, durchaus gelang, positive Selbstbilder in den Westen zu transferieren. Aber die Bereitschaft, den

Kommunismus nicht nur in negativen Farben zu malen und die Kommunisten wieder von Teufeln zu dreidimensionalen Menschen zu machen, wurzelte doch vorrangig in dem Bemühen, ein friedliches Nebeneinander von West- und Osteuropa zu ermöglichen. Dabei wurde oftmals argumentiert, dass die Sowjetunion und ihre Verbündeten keine aggressiven Absichten hätten. Der Anti-Antikommunismus enthielt eine partielle Verteidigung der kommunistischen Staaten gegen ihre antikommunistischen Kritiker, und er schloss auch ein gerütteltes Maß an Antikapitalismus, Anti-Imperialismus und auch Antiamerikanismus mit ein. Man wird sogar argumentieren können, dass die Bereitschaft linker Labour-Abgeordneter, den herrschenden Antikommunismus der 1950er-Jahre zu hinterfragen, Grundvoraussetzung war für den einsetzenden Dialog über den Eisernen Vorhang hinweg. In den USA und der Bundesrepublik sollte sich eine solche Bereitschaft zum Dialog erst später entwickeln. Kann man den britischen parlamentarischen Kontakten nach Osteuropa damit innovativen Charakter zusprechen, wird man zugleich konzedieren müssen, dass die britische Politik in den 1960er-Jahren von einem Vorreiter zu einem Nachzügler der Ostpolitik wurde. Die Bundesrepublik, aber auch die USA setzten hier Maßstäbe und Wegweiser, denen die britische Politik bestenfalls nachfolgte.

Interessierte man sich gerade auf der britischen parlamentarischen Linken frühzeitig für den Dialog mit dem kommunistischen Gegner, so setzten sich die meisten Labour-Abgeordneten von den undemokratischen und menschenverachtenden Praktiken des sowjetischen Kommunismus deutlich ab. Die andauernde Suche nach »dritten Wegen« zwischen dem kapitalistischen Gesellschaftsmodell, unter dem man selber lebte, und dem Kommunismus, der zu offensichtlich zu einer Diktatur über die Arbeiter und Bauern geworden war, unterstrich das Bemühen linker Labour-Abgeordneter, das vorherrschende Blockdenken des Kalten Krieges zu überwinden. Dabei rückte seit dem Ende der 1940er-Jahre Jugoslawien in den Vordergrund der Debatte. Auch suchte und fand man in der Geschichte der europäischen Arbeiterbewegungen immer wieder Ansätze zu solchen dritten Wegen, aber insgesamt fehlte es der Linken doch an konkreten Perspektiven. Der Kalte Krieg drängte sie immer wieder zu einer Identifizierung mit dem einen oder anderen ideologischen Kontrahenten. Selbst wo sie versuchten, eindeutige Bekenntnisse zu vermeiden, wurde ihnen ihre Ambivalenz oftmals als ungenügende Loyalität gegenüber dem eigenen Lager ausgelegt.

Bei einigen Labour-Abgeordneten, besonders Dick Crossman wäre hier zu nennen, verbanden sich ostpolitische Initiativen mit der Idee einer Unterminierung der kommunistischen Systeme. Erneut lässt sich eine Vorreiterrolle konstatieren, ähneln die Vorstellungen Crossmans doch den Ideen vom »Wandel durch Annäherung« (Egon Bahr) oder »Aggression auf Filzlätschen« (Otto Winzer), wie sie von bundesrepublikanischen Ostpolitikern der 1960er-Jahre und ihren osteuropäischen Kritikern vertreten wurden. Vermehrte Kontakte zwischen den kommunistischen Diktaturen und den liberaldemokratischen Staaten Westeuropas würden, nach dieser Strategie, letztendlich zur Unterminierung der Legitimität des Kommunismus beitragen und seine Herrschaft von innen aushöhlen. Politische und kulturelle Transferleistungen von West nach Ost würden die Überlegenheit des westlichen Politik- und Gesellschaftsmodells evident machen. Eine solche Ostpolitik mit der Zielvorstellung einer Destabilisierung des kommunistischen Herrschaftsbereichs lief zum Teil parallel zu Ideen, die gerade die Stabilisierung des Ostblocks als Garant für Frieden und Sicherheit in Europa werteten. Zum Teil ließen sich beide Strategien selbst bei einzelnen Vertretern ostpolitischer Vorstellungen nicht mehr leicht auseinander dividieren. Crossman ist auch wiederum hierfür ein gutes Beispiel. Seine Akzeptanz der DDR und seine Bewunderung für die angeblichen wirtschaftlichen und sozialen Leistungen der kommunistischen Staaten, verführten ihn sicher immer wieder zu der Annahme, dass der osteuropäische Kommunismus ein bleibender Faktor der internationalen Politik war und stabilisierte die Herrschaft der kommunistischen Parteien.

Zugleich blieb sein Antikommunismus und seine Bereitschaft, eigene westliche Vorstellungen von Demokratie und demokratischem Sozialismus auch gegenüber Vertretern der kommunistischen Regimes Osteuropas offensiv zu vertreten, der eigenen Maxime treu, Kontakte zu nutzen um den inneren Wandel der kommunistischen Diktaturen zu beschleunigen.

Insgesamt zwischen Stabilisierung und Destabilisierung angelegt, waren diese Formen von Ostpolitik meist nicht durch eine ideologische Nähe ihrer Vertreter zum osteuropäischen Kommunismus gekennzeichnet, sondern durch ihre Gegnerschaft zum Kommunismus, die sich verband mit einer realpolitischen Verankerung, die vor einer Verteufelung und Entmenschlichung des ideologischen Gegners, wie sie im Kalten Krieg auf der Rechten vorherrschte, zurückschreckte. Man sah hier sehr wohl, dass eine Politik, die allein auf die militärische Stärke des Westens setzte und realpolitische Gegebenheiten, wie die Existenz eines zweiten deutschen Staates, nicht anerkannte, letztendlich nur zu einer Verschärfung der systemischen Auseinandersetzungen im Kalten Krieg führen würde. Damit erhöhten sich auch die Chancen einer militärischen Konfrontation der Blöcke. Die Verteidigung westlicher Werte unter Einschluss der Option eines heißen Krieges war für immer weniger Abgeordnete eine Option, für die sie einzustehen bereit waren. Die Haltung der britischen Parlamentarier zur Berlinfrage war hier schon während der zweiten Berlinkrise eindeutig. Die Frage einer Anerkennung des zweiten deutschen Staates stand bis 1973 im Mittelpunkt des ostpolitischen Interesses, da es nach Ansicht immer weiterer politischer Kreise in Großbritannien ohne eine solche zumindest de facto Anerkennung keine Fortschritte in der Entspannungspolitik geben konnte. Diese Position wurde nicht nur von Labour-Abgeordneten, sondern nachdrücklich auch von ihren liberalen und sogar von einigen konservativen Abgeordneten vertreten. Bei letzteren handelte es sich aber im Gegensatz zur Labour Party immer nur um interessierte Einzelfälle, die nicht zuletzt auch aus handelspolitischen Gründen an verstärkten Kontakten zu Osteuropa Interesse zeigten.

Britische Parlamentarier waren oftmals enthusiastische Anhänger der Ostpolitik Brandts und Bahrs, ja sie hatten diese Art der Ostpolitik, wie Crossmann, bereits vor- und ange-dacht. Dabei war die Wiedervereinigung Deutschlands allerdings kein leitendes Motiv. Mit der Akzeptanz einer Teilung Deutschlands hatte man auf der Linken um so weniger Probleme, da hier die Vorbehalte gegen eine ebenso erfolgreiche wie kapitalistische Bundesrepublik zum Teil erheblich waren. Westdeutschen Militarismus und Nazismus fürchtete man allerdings nicht nur auf der britischen Linken. Das den *détente*-Vorstellungen britischer Parlamentarier in der Regel der bundesrepublikanische Zukunftsaspekt einer Wiedervereinigung fehlte, machte es für die Abgeordneten auch einfacher, Entspannungspolitik weitgehender als Stabilitätspolitik zu verstehen, als das bei ihren bundesrepublikanischen Kollegen der Fall sein sollte.

Das Ende des Kommunismus in Osteuropa kam zwar auch für die ostpolitischen Realpolitiker im britischen Parlament überraschend, war aber kein größeres Problem. Ihnen war es ja vor allem aus friedenspolitischen Erwägungen um eine Stabilisierung der osteuropäischen kommunistischen Regimes gegangen. Die friedliche Implosion des Kommunismus konnte hier nur Beifall finden, da man keine ideologischen Sympathien für den Gegner im Kalten Krieg verspürt hatte. Das war anders bei den kleinen Gruppen der *fellow travellers*, die sich zumindest partiell mit den kommunistischen Staaten Osteuropas identifiziert hatten. Zum Teil distanzierten sie sich jetzt von ihren früheren Positionen und kritisierten den realexistierenden Sozialismus stärker als sie dies vor 1989 getan hätten. Stan Newens beispielsweise war vor dem Fall der Mauer der DDR durchaus freundschaftlich verbunden, aber in seiner Analyse zum Fall der Mauer 1989 kritisierte er die Unfreiheit und Bürokratisierung in der DDR. Zwar erwähnte er auch nach wie vor positive Seiten des zweiten deutschen Staates – das soziale Netz, die angeblichen ökonomischen Leistungen und den Anti-Imperialismus –, aber insgesamt sei der Sozialismus, so

Newens, von Karrieristen verraten worden, die das Endziel aus dem Auge verloren hatten.¹⁷⁶ Prosovjatische Parlamentarier waren in den 1990er-Jahren zunehmend eine Rarität im Unterhaus. Unter dem Druck einer New Labour-Parteiführung wurden sie, wo sie nicht, wie William Wilson, von selber zurücktraten, meist nicht erneut für eine Parlamentskandidatur aufgestellt. Die ostpolitischen *fellow travellers* waren am Ende ebenso isoliert und gescheitert wie die Systeme, die sie lange unterstützt hatten. Die Ostpolitiker, die allerdings aus realpolitischen Erwägungen heraus einen Wandel in der starren Haltung des Westens seit der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre befürwortet hatten, durften sich durch die Entwicklung bestätigt fühlen. Auch wenn es am Ende der 1980er-Jahre wohl kaum mehr jemand erwartet hätte, Crossmans Idee aus den 1950er-Jahren, dem Kommunismus durch eine freundschaftliche Umarmung die Luft abzuschneiden, sollte am Ende triumphieren.

176 *Stan Newens*, Reflections on the East German Experience, in: East Germany. Revolution, Reunification, Redirection, hrsg. von CRS (London) Political Committee and the UK Sonnenberg Association, London o. J. [1991].